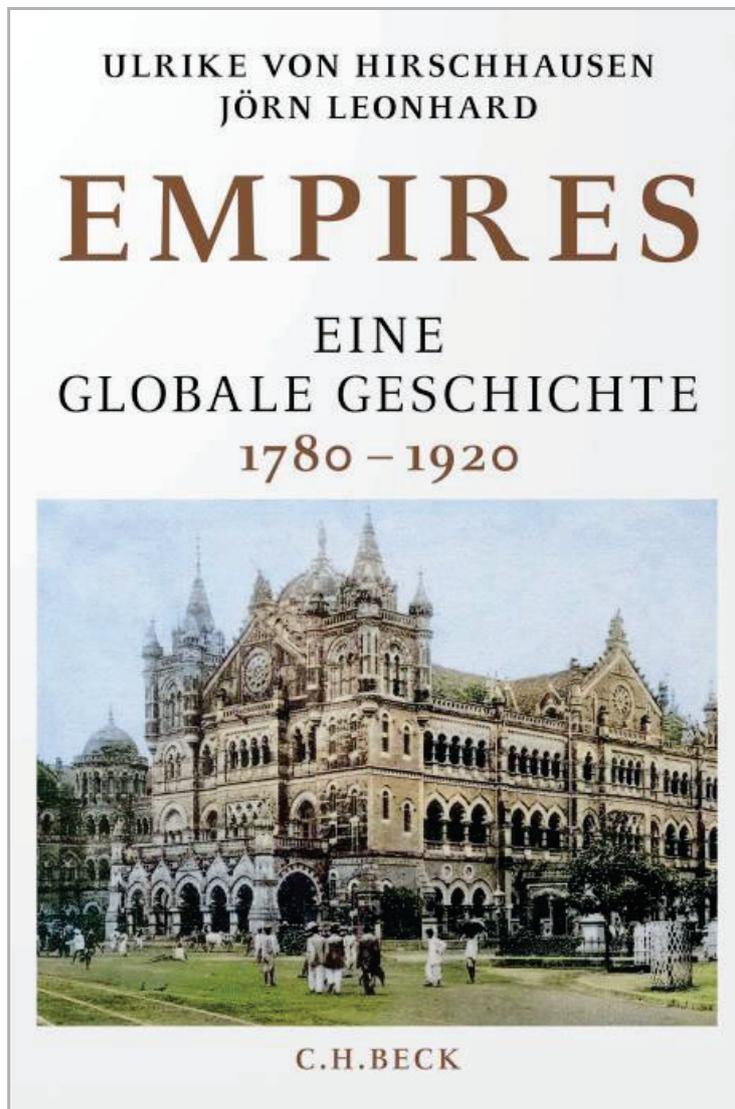


Unverkäufliche Leseprobe



Ulrike von Hirschhausen, Jörg Leonhard
Empires

Eine globale Geschichte 1780-1920

2023. 736 S., mit 30 Abbildungen und 14 Karten
ISBN 978-3-406-80052-8

Weitere Informationen finden Sie hier:
<https://www.chbeck.de/34659706>

© Verlag C.H.Beck oHG, München
Diese Leseprobe ist urheberrechtlich geschützt.
Sie können gerne darauf verlinken.

Ulrike von Hirschhausen

Jörn Leonhard

EMPIRES

Ulrike von Hirschhausen

Jörn Leonhard

EMPIRES

EINE GLOBALE GESCHICHTE

1780–1920

C.H.BECK

Wir danken der Gerda Henkel Stiftung
sehr herzlich für die großzügige Förderung des Projekts,
aus dem die vorliegende Monografie hervorgegangen ist.

Mit 14 Karten von Peter Palm, Berlin

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2023
www.chbeck.de

Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München
Umschlagabbildung: Chhatrapati Shivaji Terminus, Mumbai,
vormals Victoria Terminus, Bombay, Aufnahme aus dem 19. Jh.,

© Dinodia Photos/Alamy Stock Photo

Satz: Fotosatz Amann, Memmingen

Druck und Bindung: Pustet, Regensburg

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 80052 8



klimateutral produziert
www.chbeck.de/nachhaltig

INHALT

Einleitung: Empires in einer globalen Geschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts	9
I. EROBERN UND ERSCHLIESSEN	35
1. Siedlerkolonialismus: Gewalt, Deportation und Enteignung	38
2. Kolonialkriege: Symmetrische und asymmetrische Konflikte	62
3. Steuerregime zwischen Schätzung und Zahlung: Die Grenzen der Belastbarkeit	88
4. Imperiale Infrastrukturen: Globale Verkehrswege und örtliche Eigenlogik	107
5. Russlands Süden besiedeln und befrieden? Fürst Michail Woronzow (1782–1856) zwischen London, Frankreich, Odessa und dem Kaukasus	134
II. HERRSCHEN UND VERHANDELN	149
1. Dynamische Peripherien: Krisen imperialer Herrschaft seit den 1840er Jahren	151
2. Praktiken des Rechts: Imperiale Herrschaftslogik und Handlungsinstrument von Kolonisierten und Untertanen	179
3. Sprache, Bildung, Schule: Zwischen imperialer Integration und lokaler Subversion	202

4. Das koloniale Geschlecht: Instrumentalisierung und Eigensinn . . .	228
5. Vielfalt als Krisenvorbeugung: Franz Seraph von Stadion (1806–1853) und der Kampf um die Habsburgermonarchie zwischen Wien, Triest und Galizien	250
III. GLAUBEN UND REPRÄSENTIEREN	271
1. Empires und Mission: Die Politisierung von Religion	274
2. Monarchie und Popularität: Chancen und Grenzen imperialer Repräsentation	303
3. Räume der Differenz, Foren der Moderne, Arenen des Konflikts: Imperiale Städte im 19. Jahrhundert	329
4. Feministin, Sozialreformerin, Missionarin: Pandita Ramabai (1858–1922) in Indien, Großbritannien und den USA	364
IV. PROSPERIEREN UND PROFITIEREN	379
1. Kapitalismus und Empire: Unternehmerkulturen und globale Marktmechanismen	384
2. Baumwolle: Imperiale Ressourcen und regionale Profite	415
3. Migrationsbewegungen und Arbeitsregime: Die Ethnisierung sozialer Konflikte in den Empires um 1900	438
4. Jüdische Diaspora, britisches Recht und chinesische Kultur: Silas Hardoon (1851–1931) als Unternehmer und Mäzen in Shanghai	468

V. KÄMPFEN UND VERTEIDIGEN	483
1. Die Mobilisierung der Vielfalt: Multiethnisches Militär zwischen Rekrutierung und Kontrollverlust	493
2. Von der Differenz zur Exklusion: Die imperialen Heimatfronten im Ersten Weltkrieg	518
3. Die Krise der imperialen Legitimität: Kriegsgefangene während des Kriegs und Veteranen im langen Nachkrieg	545
4. Der Preis von Assimilation und Loyalität: Blaise Diagne (1872–1934) zwischen dem Senegal und Paris	571
 Zusammenfassung und Ausblick: Empires und die Krise der Vielfalt 1780–1920	 589

ANHANG

Anmerkungen	615
Kartenverzeichnis	656
Quellen- und Literaturverzeichnis	657
Bildnachweis	719
Personenregister	720
Ortsregister	726

Einleitung

Empires in einer globalen Geschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts

Sein Auftreten in London verunsicherte die europäischen Zeitgenossen und zog sie zugleich in seinen Bann. Dieser groß gewachsene Mann in seinen eleganten Maßanzügen strahlte Würde und Höflichkeit aus, und mit seinen perfekten Manieren in den Empfangs- und Gesellschaftsräumen der britischen Hauptstadt schien er alles zu besitzen, was einen viktorianischen Gentleman auszeichnete. Und doch war er in britischen Zeitungen nur drei Jahre zuvor noch als barbarischer Wilder dargestellt worden, dem man die Schuld am Tod Hunderter britischer Soldaten gegeben hatte, die während des Zulu-Kriegs 1879 im südlichen Afrika gefallen waren. Geboren um 1832 war Cetshwayo Mpande nach dem Tod seines Vaters im September 1873 mit Unterstützung der britischen Kolonialbehörden zum König der Zulus aufgestiegen, deren Gebiet sich entlang der südlichen Ostküste am Indischen Ozean erstreckte. Nachdem Großbritannien bereits 1843 Natal und dann 1877 die Transvaal-Republik annektiert hatte, schien das Herrschaftsgebiet der Zulus, nun weitgehend von britisch beherrschtem Territorium umgeben, eine permanente Bedrohung darzustellen. Um die südafrikanischen Gebiete langfristig zu unterwerfen, drängte der neue britische Hochkommissar Henry Bartle Frere auf eine Eroberung aller noch unabhängigen Regionen. So kam es 1879 zum Krieg mit dem Zulu-Königreich und ein Jahr später mit den Buren, den europäisch-stämmigen Siedlern im südlichen Afrika. Cetshwayo gelangen dabei zunächst überraschende Siege gegen die britischen Kolonialtruppen, bevor er sich im Sommer 1879 geschlagen geben musste. In Capetown interniert, versandte er Bittschreiben an die britische Queen Victoria und führende Politiker in London, um die Wiederherstellung seiner Herrschaft und die Rückkehr in seine Heimat zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund veränderte sich die Wahrnehmung Cetshwayos in der britischen Öffentlichkeit. Während der britische Hochkommissar wegen seines eigenmächtigen Vorgehens unter Druck geriet und seinen Posten ver-



Abb. 1: Das Spiel mit den Erwartungen der europäischen Kolonialmächte: Cetshwayo auf der Fotografie während seines Aufenthalts in London 1882

lor, hob die Londoner Presse nun die Tapferkeit der afrikanischen Zulu-Krieger und zumal Cetshwayos hervor.¹ Mit der Korrespondentin der *London Morning Post*, Lady Florence Dixie, gewann diese Perspektive eine einflussreiche Vermittlerin in den britischen Medien. Dieser Meinungsumschwung vergrößerte zunächst Cetshwayos Spielraum in Südafrika, wo er aus der Internierung entlassen wurde. 1882 konnte er auf britische Kosten in die Metropole des Britischen Empire reisen. Dort bemühte er sich in einer persönlichen Audienz bei Queen Victoria darum, seine Wiedereinsetzung als Zulu-Herrscher zu erreichen. Sein Name galt nun nicht mehr als Synonym für die barbarische Gewalt unzivilisierter Afrikaner, mit der die britische Intervention als Zivilisationsmission begründet worden war. Vielmehr erschien Cetshwayo in der britischen Öffentlichkeit jetzt als «liebenswürdiger Wilder», als «personable savage», dem man heroische Qualität und persönliche Würde zugestand.²

Die Reise von Afrika nach London, der Aufenthalt in der Hauptstadt und die Audienz bei der britischen Monarchin illustrierten nicht nur die Mobilität

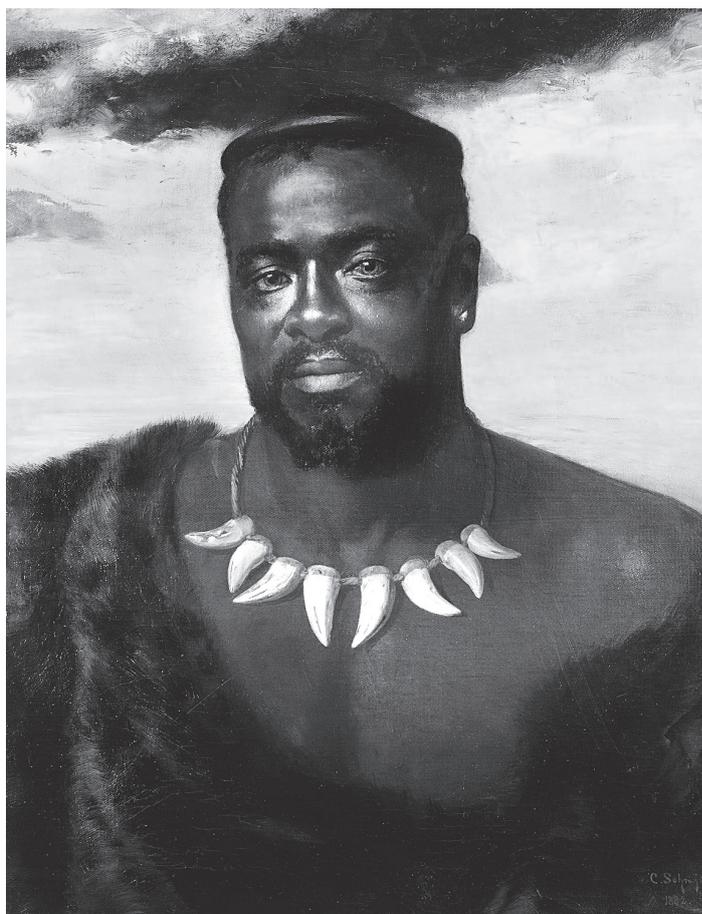


Abb. 2: Die europäische Vorstellung des afrikanischen Kriegers: Porträt Cetshwayos von Karl Rudolf Sohn, 1883

des in einem brutalen Kolonialkrieg unterlegenen afrikanischen Herrschers. Sie unterstrichen vor allem seine temporäre Handlungsmacht, der sich Cetshwayo umso mehr bewusst war, weil sein Aufenthalt so intensiv von den zeitgenössischen Medien begleitet wurde. Für einen Moment gerieten dabei festgefügte Vorstellungen von Zentrum und Peripherie, Europa und Afrika, von Kolonisatoren und Kolonisierten, weißen Akteuren und schwarzen Unterworfenen, von britischer Fortschrittlichkeit und afrikanischer Rückständigkeit in Bewegung. Dass kurzzeitig sogar eine Umkehr der unterstellten Rollenbilder möglich schien, trug zur Verunsicherung bei. Denn Cetshwayos Auftreten in London passte so gar nicht zur Erwartung der britischen Öffentlichkeit und der Regierung, die mit wachsender Nervosität die Reaktionen in der Presse verfolgte. Während seines Aufenthalts trug Cetshwayo ganz bewusst europäische Kleidung und ließ sich in einem Atelier in der Bond Street in einem perfekt sitzenden Maßanzug mit Lederhandschuhen fotografieren. Mit dieser Selbstinszenierung spielte er geschickt mit den Vorstellungen des

britischen Publikums, wie sich auch bei seiner Audienz bei Queen Victoria erwies. Beeindruckt von seiner Persönlichkeit, aber verunsichert durch seinen Auftritt in der Kleidung eines viktorianischen Gentleman, notierte sie in ihr Tagebuch: «Cetshwayo ist ein sehr feiner Mann ... Er ist groß, ungeheuer breit und stämmig, mit einer gut gelaunten Miene und einem intelligenten Gesicht. Leider erschien er in einem hässlichen schwarzen Gehrock und Hosen, trug aber immer noch den Ring um seinen Kopf, der ihn als verheirateten Mann auswies.»³

An diesen Erwartungen orientierte sich auch der deutsche Maler Karl Rudolf Sohn, der Cetshwayo nach der Audienz als exotischen afrikanischen Häuptling mit einem Bärenfell um seine nackten Schultern und einem Halsband aus Tierzähnen porträtierte, obwohl solche Attribute in der Heimat der Zulus in dieser Weise unbekannt waren. Das Ölgemälde gründete auf verbreiteten Vorstellungen, die sich europäische Zeitgenossen von einem afrikanischen Herrscher machten. Obwohl der Künstler Ruhe, Würde und Autorität Cetshwayos zu vermitteln suchte, entsprach das Porträt der europäischen Tendenz, die prinzipielle Andersartigkeit, die Exotisierung des «personable savage» herauszustellen, in dem sich Faszination und Schrecken trafen. Damit war eine von Europa aus gedachte koloniale Ordnung verbunden, die eindeutige Statusbezeichnungen, klare Hierarchien zwischen Kolonisatoren und Kolonisierten, festgefügte Machtbeziehungen zwischen Zentrum und Peripherie und einen entsprechenden Zivilisierungsauftrag voraussetzte. Indem Cetshwayo diese imperiale Ordnungsvorstellung für einen kurzen Moment unterlief, konnte er auch als militärisch Unterlegener eine gewisse Handlungsmacht gewinnen, obwohl sie sich schon bald als fragil erweisen sollte. Angesichts neuer Konflikte im Gebiet der Zulus empfahl er sich den britischen Kolonialbehörden noch einmal als Stabilisierungsfaktor, so dass er 1883 erneut als Zulu-Herrscher eingesetzt wurde. In den Auseinandersetzungen mit konkurrierenden afrikanischen Chiefs, die nun auch von britischen Söldnern unterstützt wurden, musste Cetshwayo schließlich erneut fliehen und kam im Februar 1884 ums Leben.⁴

Empires: historisch und analytisch

Cetshwayos Reise nach London, die veränderte Wahrnehmung und die Verunsicherung, die von seinem Auftreten ausging, widersprechen der Vorstellung festgefügter Rollen zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen weißen Kolonisatoren und schwarzen Kolonisierten. Das galt für sein Auftreten in

London, aber auch für sein Agieren in Afrika. Damit ist das zentrale Thema dieses Buches angesprochen: Es konzentriert sich auf die Entstehung, Erfahrung und den Umgang mit ethnischer Vielfalt als grundlegendem Kennzeichen von Empires und fragt von hier aus nach ihrem Ort in einer globalen Geschichte zwischen 1780 und 1920.

Sich in der Gegenwart mit Empires zu beschäftigen, ist nicht allein historischem Interesse geschuldet. Auf den ersten Blick scheint es, als seien Empires in unsere Welt zurückgekehrt. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine seit Februar 2022 wird vielerorts als imperialistische Aggression und Rückkehr zu einer imperialen Expansions- und Gewaltpraxis gedeutet, die wir noch vor Kurzem mit dem 19. und frühen 20. Jahrhundert verbanden. Chinas militärische Expansion, seine Politik gegenüber Taiwan, sein wirtschaftliches Ausgreifen und das global angelegte Projekt einer neuen Seidenstraße sehen westliche und chinesische Kommentatoren als Rückgriff auf historische Traditionen. Durch diese Perspektive verändert sich auch der Blick auf die Vereinigten Staaten als Imperium Americanum und die Autonomie Europas. Die Begriffe Empire und Imperialismus sind allgegenwärtig geworden, wenn es darum geht, eine unübersichtliche, polyzentrische und multipolare Welt zu deuten.⁵

Angesichts der inflationären Verwendung dieser Begriffe, deren Erklärungskraft häufig eher behauptet als analytisch erwiesen wird und die Analogien nahelegen, die sich bei näherem Hinsehen als fragwürdig erweisen, erscheint eine Synthese zu Empires im langen 19. und frühen 20. Jahrhundert umso wichtiger – zumal wir täglich mit historischen Analogien und Vergleichen konfrontiert sind, die sich auf die Jahrzehnte vor 1914 beziehen. Insofern reagiert unser Buch auch auf die Frage, was die Logik der Empires, ihre Imperialität, eigentlich auszeichnete und wie sie sich zwischen 1780 und 1920 veränderte. Dabei stehen das Grundproblem der Empires, ihre ethnische Vielfalt, sowie die Perspektive der Untertanen, Kolonisierten und Beherrschten im Zentrum. Unser Buch fragt, wie diese Akteure vor Ort auf imperiale Herrschaftsinstrumente und Strategien reagierten, diese womöglich in eigene Handlungschancen umwandelten und wo die Grenzen solcher Entwicklungen sichtbar wurden.

Warum stellen wir überhaupt Empires in den Mittelpunkt dieses Buches? Verglichen mit dem Imperium als typischer Herrschaftsform früherer Zivilisationen und weltweit ausdifferenziert zwischen etwa 1450 und 1650, war der Nationalstaat im 19. Jahrhundert eine eher späte und zunächst vereinzelte Erscheinung, die aber immer wieder auf imperiale Vergangenheiten zurückgriff. Den weltweiten Normalfall historischer Entwicklung stellen hingegen Em-

pires dar. Das galt auch für das lange 19. Jahrhundert, das begrenzt wird einerseits durch die transatlantischen Revolutionen zwischen 1776 und 1789 und andererseits durch die Umbrüche des Ersten Weltkriegs mit der langen Periode des Nachkriegs zwischen 1917 und 1923. In dieser Phase dominierten keineswegs die in Europa etablierten Nationalstaaten, sondern spannungsreiche Übergänge zwischen Empires und Nationalstaaten, welche die Unterschiede zwischen beiden Formen von Staatlichkeit zunehmend verwischten. In praktisch allen Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts entwickelten sich imperiale Agenden und koloniale Expansionsphantasien, zumal in den zwischen 1859 und 1871 neu gegründeten Nationalstaaten Italien und Deutschland. Viele Zeitgenossen glaubten, dass nur «imperialisierende Nationalstaaten» im internationalen Konkurrenzkampf überleben konnten. Umgekehrt verstärkte sich in «nationalisierenden Empires» die Orientierung an der Nation als vermeintlichem Integrationskern, sei es im Pangermanismus der Habsburgermonarchie, im Panslawismus des Zarenreichs oder dem Panturkismus des Osmanischen Reichs.⁶

Welche Relevanz Empires für die Globalgeschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts hatten, verdeutlicht bereits ein Blick auf die räumliche Struktur der Welt. 1800 gehörten 35 Prozent der Weltoberfläche zu einem imperialen Herrschaftsgebiet, 1914 waren es 84 Prozent.⁷ Die Prägekraft der Empires erwies sich exemplarisch in Afrika. Aus mehreren tausend territorialen Einheiten, die es um 1800 auf dem afrikanischen Kontinent gab, waren vor 1914 etwa vierzig separate Kolonialgebiete der europäischen Mächte geworden. 1880 wurden 90 Prozent des Kontinents noch von Afrikanern regiert, 1912 war es nur noch ein winziger Rest.⁸ Die Notwendigkeit, große Entfernungen zu überwinden, um solche Gebiete erobern und unterwerfen zu können, stimulierte den Transfer von Menschen, Gütern, Kapital, Arbeit und Wissen. Praktisch alle wichtigen technischen Errungenschaften des 19. Jahrhunderts, ob Dampfschiff, Eisenbahn, Telegraf, Seekabel, Maschinengewehr, Impfstoff oder Statistik, waren nicht nur Werkzeuge des Nationalstaates, sondern ebenso Instrumente der Empires zur Eroberung neuer Räume und zur Beherrschung ihrer Bevölkerungen.⁹

Unser Buch stellt die Geschichte dieser Empires in den Mittelpunkt. Es fragt, wie und warum ethnische Vielfalt zur Krise führte, was der Umgang mit Differenz für die Empires bedeutete und wie er sie veränderte. Warum greifen wir überhaupt so bewusst auf *Empire* zurück, und nicht auf *Imperium* oder *Reich*? Der klassische Begriff «Imperium» ist so stark durch die Rezeptionsgeschichte des antiken Imperium Romanum als universalhistorisches Modell geprägt worden, dass er häufig als allgemeiner Topos für strukturell unter-

schiedliche Phänomene fungiert und dadurch an analytischer Unterscheidungskraft eingebüßt hat. Die Empires des 19. und 20. Jahrhunderts besaßen jedoch eine ganz eigene Spezifik, die in diesem Verständnis von «Imperium» nicht aufgeht. Daher greift dieses Buch auf den Begriff «Empire» zurück, um damit die besonderen Kennzeichen und Herausforderungen dieser Epoche zu verdeutlichen. Neu waren das Modell des Nationalstaates, welches das wichtigste Kennzeichen der Empires, den überkommenen Umgang mit ethnischer, religiöser, rechtlicher Vielfalt und deren Akzeptanz, immer stärker unter Druck setzte. Auch der Kampf um rechtliche, politische, gar soziale Gleichheit, der Anspruch auf erweiterte politische Teilhabe, konkurrierte seit dem Ausgang der Revolutionen in Nordamerika und Frankreich mit der Praxis rechtlicher Abstufung und ethnischer und religiöser Ungleichheit in den Empires. Die Dynamik der kolonialen Expansion in Afrika, Asien und im Pazifik, die Entstehung globaler Märkte und transnationale Transfers von Menschen, Gütern und Wissen unterschieden das lange 19. Jahrhundert deutlich von früheren historischen Phasen. Hinzu kam seit dem letzten Drittel des Jahrhunderts schließlich die Frage nach der Zukunftsfähigkeit von Empires in einer Welt zugespitzter internationaler Konkurrenz.¹⁰

Neben diese strukturellen Kennzeichen trat eine besondere historische Bedeutungsgeschichte von «Imperium» und «Empire» im 19. Jahrhundert, die der zeitgenössische Sprachgebrauch offenlegt.¹¹ Im Britischen Empire führte die zunehmende Auseinandersetzung mit europäischen Konkurrenten in Asien und Afrika dazu, nach neuen Begriffen zu suchen, welche die eigene historische Entwicklung positiv herausstellen sollte. Während «colony» mit gewaltsamer Herrschaft und Unterdrückung identifiziert wurde, fungierte «empire» als positive Selbstbeschreibung und stand für das Ideal der Verbreitung jener Freiheit, die englische Zeitgenossen als spezifische Tradition der eigenen Geschichte für sich reklamierten.¹² In der Habsburgermonarchie war die Verwendung von «Reich» oder «Kaisertum» umstritten.¹³ Nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867, der aus dem Gesamtstaat eine Doppelmonarchie machte, sprachen die Zeitgenossen von «Österreich» meist nur noch, wenn sie die deutschen und deutsch-slawischen Teile der Monarchie meinten. Die Ungarn hingegen lehnten Begriffe wie «Österreich» oder gar «Reich» immer heftiger ab. Hier blieb es bei der Verwendung mehrerer, oft dynastisch geprägter Begriffe wie «Österreich-Ungarn», die «k. u. k.-Monarchie» oder auch «die Monarchie», wenn alle Teile der Habsburgermonarchie gemeint waren.

Ein russisches «Imperium» wurde sprachlich erstmals am 22. Oktober 1721 erwähnt, als der Erzbischof von St. Petersburg in Gegenwart aller ausländi-

schen Gesandten begründete, warum Peter I. von nun an nicht mehr Zar, sondern Imperator heißen solle.¹⁴ Doch in der Praxis galt «imperija» als fremdländischer, exotischer Ausdruck, der nie wirklich populär wurde und im Schatten des Begriffs «Rossija» (Russländisches Reich) blieb. «Rossija» war eine breite, neuzeitliche Staatsbezeichnung, die auch die unterschiedlichen ethnischen Gruppen des Reichs umfassen konnte, die im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts unterworfen wurden. Russische Nationalisten forderten den multiethnisch geprägten Begriff «Rossija» jedoch seit den 1860er Jahren heraus, indem sie mit «Rus'» einen ethnisch geprägten Referenzpunkt setzten. Mit einer «Rus'» warben sie für das Konzept eines ursprünglich russischen Territoriums mit rein orthodoxer Prägung und russischer Sprache und begründeten damit weitergehende Expansionen.¹⁵ Im Osmanischen Reich schließlich dominierten bis in die Jahre vor dem Ersten Weltkrieg traditionelle Selbstbezeichnungen wie «erhabener osmanischer Staat» oder im diplomatischen Verkehr die «Hohe Pforte». Erst angesichts der permanenten Krise des Osmanischen Reichs vor 1914 und der Auseinandersetzung mit europäischen Modellen von Staatlichkeit wurde der Begriff Imperium überhaupt auf den osmanischen Staat übertragen. «Imperatorluk» («Imperator») ersetzte den überkommenen Staatsbegriff «devlet».¹⁶

Der zeitgenössische Sprachgebrauch kannte also keinen einheitlichen Begriffsgehalt von Empire, sondern bildete unterschiedliche Kontexte und historische Erfahrungen ab. Weil «Imperium» zu universalgeschichtlich aufgeladen ist, im 19. Jahrhundert aber zunehmend politisch eingefärbt oder sogar zum Kampfbegriff wurde, greifen wir bewusst auf eine idealtypische Definition von «Empire» zurück, die auf fünf Kriterien beruht. Als historische Gebilde waren Empires *erstens* durch eine besondere räumliche Ausdehnung und territoriale Größe gekennzeichnet.¹⁷ Dazu gehörte, *zweitens*, eine ausgeprägte ethnische Vielfalt ihrer Gesellschaften sowie eine große Zahl heterogener Territorien mit unterschiedlichem politischem und rechtlichem Status. *Drittens* waren Empires von weichen Grenzen und fluktuierenden Grensräumen geprägt, oft auch von einer beweglichen Siedlergrenze, der «frontier». Dies unterschied Empires wesentlich von Nationalstaaten mit ihrem Anspruch auf feste Grenzen, um ein Staatsterritorium nach innen und außen zu markieren.¹⁸ Durch Anlagerung, Expansion und Unterwerfung entstanden, bildeten Empires, *viertens*, supranationale Herrschaftsformen und spezifische Macht-hierarchien innerhalb ihres Herrschaftsraums aus, die aber nicht zwangsläufig ein statisches Verhältnis von Zentrum und Peripherie zur Folge hatten.¹⁹ Gerade die globale Mobilität vieler Akteure unterlief häufig die Vorstellung festgefügtter Rollen. Hierarchien zwischen Metropolen und Randregionen waren

vielmehr variabel, und die Geographie der Macht nirgendwo statisch. Empires legitimierten sich schließlich *fünftens* durch die Vorstellung langer Dauer ihrer supranationalen Herrschaft, ergänzt um die Vorstellung, in der über Jahrhunderte reichenden Abfolge imperialer Ordnungen zu stehen. Neben der «translatio imperii» gehörten eine Dynastie oder ein gemeinsamer Glaube zu den prägenden Kennzeichen von Empires. Im Kontext der kolonialen Expansion im 19. Jahrhundert kamen zivilisatorische Missions- und rassistisch gesteigerte Überlegenheitsvorstellungen hinzu, mit der sich Eroberung und Unterwerfung auch unter Anwendung enthemmter Gewalt begründen ließen.²⁰

Empires und Ethnizität

1851 hielt der bekannte italienische Jurist Pasquale Mancini in Turin seine Antrittsvorlesung «Della Nazionalità come fondamento del diritto delle genti» («Über die Nationalität als Basis des Völkerrechts»), die in Italien wie in anderen europäischen Ländern auf große Resonanz stieß. Mancini ließ keinen Zweifel daran, dass die Zukunft nicht multiethnischen Gebilden, sondern dem homogenen, selbstbestimmten und souveränen Nationalstaat gehöre. Damit traf er einen Nerv der Zeitgenossen. «Ein Staat», so Mancini, «in dem viele kräftige Nationalitäten zu einer Einheit gezwungen werden», sei überhaupt kein «politischer Körper», sondern nur ein «lebensunfähiges Ungeheuer». Aus italienischer Sicht bezog sich das vor allem auf die Habsburgermonarchie, die mit ihrer Herrschaft in Oberitalien einer italienischen Nationsbildung im Weg stehe: «Nationen, die keine aus ihrem eigenen Innern hervorgegangene Regierung haben und sich solcher Gesetze bedienen, die ihnen von außen auferlegt sind, haben keinen rechtlichen Willen mehr, sie sind bereits Mittel für fremde Zwecke geworden, und daher nur noch Objekte.»²¹ Auch der englische Philosoph und Politiktheoretiker John Stuart Mill argumentierte in seiner 1861 veröffentlichten Schrift «Considerations on Representative Government» ähnlich. Unter dem Eindruck der im Krieg gegen die Habsburgermonarchie erzwungenen italienischen Nationalstaatsbildung betonte er einen fundamentalen Gegensatz zwischen ethnischer Vielfalt und Freiheit. So sei die «Bildung freier Institutionen ... in einem Land, das sich aus mehreren Nationalitäten zusammensetzt, nahezu unmöglich». Für freiheitliche Institutionen müssten sich «die politischen Grenzen ... im Großen und Ganzen mit den Nationalitätsgrenzen decken», weil ein moderner Staat mit gewähltem Parlament eine gemeinsame Öffentlichkeit als Basis geteilter politischer Kommunikation voraussetze.²²

Das von Mancini und Mill formulierte Ideal des souveränen Nationalstaates als Modell politischer Modernität ließ die zeitgenössischen Empires anachronistisch erscheinen. Hinzu kam die wahrgenommene Effizienz und Fortschrittlichkeit der Nationalstaaten, die Zeitgenossen in neuen Parlamenten und zentralisierten Verwaltungen, in ihrer industriellen Dynamik, militärischen Stärke und der Expansionsfähigkeit im internationalen Staatensystem erkannten. Heterogene Gebilde wie Empires mit ihrer Vielfalt ethnischer Gruppen, unterschiedlichem Rechtsstatus und ausgeprägter Ungleichheit galten den Zeitgenossen dagegen zunehmend als Hindernis auf dem Weg zu moderner Staatlichkeit, wie sie der Nationalstaat zu verkörpern schien.

Doch gerade die über lange Zeit entwickelte Routine im Umgang mit ethnischer Vielfalt, von Mancini und Mill als Problem moderner Staatlichkeit kritisiert, bildete die Grundlage für das lange Funktionieren imperialer Herrschaftsformen und die relative Stabilität imperialer Ordnungen. Im 19. Jahrhundert entwickelten ethnische Bestimmungen von Zugehörigkeit jedoch eine neuartige Sprengkraft. Die Zeitgenossen selber machten diese neuen Vorstellungen von Zugehörigkeit im 19. Jahrhundert zum vorrangigen Prinzip ihrer Selbstbeschreibung und ihrer gesellschaftlichen Organisation. Ethnizität meint in diesem Zusammenhang keine vermeintlich objektive Abstammungsgemeinschaft, sondern ein Mittel, Gruppenzugehörigkeit herzustellen. Konkret begannen Zeitgenossen damit, kulturelle Kategorien wie Sprache, Herkunft oder Religion oder auch Vorstellungen eines eigenen Territoriums und einer eigenen Geschichte vorrangig zu gewichten und dadurch ihre Zugehörigkeit zu definieren. Überlieferte Selbstbilder, wie die als Mitglied einer ständischen Korporation oder als Untertan, wurden hingegen schrittweise nachrangig. Welche Kategorien und Konstruktionen die Akteure jeweils heranzogen, um ihre Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe zu markieren, hing von den jeweiligen lokalen oder regionalen Gegebenheiten ab. Daher bezeichnet der hier verwendete Begriff von Ethnizität ein breites Repertoire von Kategorien, das Integration nach innen und Abgrenzung nach außen versprach. Sein entscheidendes Kennzeichen bestand darin, Gruppen in Situationen kultureller Vielfalt zu mobilisieren und zu politisieren.²³

Die weltweite Expansion der europäischen Empires, ihre gewaltsamen Interventionen, dauerhafte Präsenz vor Ort und neue Herrschaftsformen machten ethnische Gruppenbildung notwendiger als zuvor. Mit dieser neuen Form von Gruppenzugehörigkeit und Abgrenzung ließen sich politische Forderungen leichter begründen. Kolonialbeamte erfanden ethnische Kategorien neu oder verschärften sie, um eine für sie unübersichtliche Vielfalt zu ordnen und Herrschaft vor Ort leichter durchzusetzen. Volkszählungen, Statistiken,

Karten, Rekrutenlisten oder Steuerregister wurden dabei zu Instrumenten, um die Bevölkerung vor Ort für koloniale Projekte einzusetzen oder eine schwache Ausgangsposition durch Kooperation auszubauen.²⁴ Britische Siedler machten aus australischen Aborigines, die saisonal in genau markierten Gebieten wanderten, seit 1800 beispielsweise «Nomaden», um die Enteignung ihres Landes zu begründen. Ähnlich verwandte auch die russische Regierung die Wanderungen zentralasiatischer Gruppen als Argument, um deren Land an sesshafte russische Bauern zu verteilen. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts traten in den Kolonialgesellschaften Afrikas, Asiens und Australiens mit «Rasse» und «Hautfarbe» Vorstellungen biologischer Differenz dazu, mit denen sich die Statusgrenzen zwischen Kolonisierten und Kolonisatoren weiter verfestigen ließen.²⁵ In den kontinentaleuropäischen Empires, der Habsburgermonarchie, dem Zarenreich und dem Osmanischen Reich hingegen, wo «Hautfarbe» meist kein Distinktionsmerkmal war, dienten vor allem Sprache und Religion zur Markierung ethnischer Differenz. So forderten Verwaltungsbeamte der Habsburgermonarchie ihre oft mehrsprachigen Untertanen in den Kronländern dazu auf, sich in Volkszählungen auf eine Nationalität oder Sprache festzulegen, um konkurrierende nationale Agenden besser einhegen zu können.²⁶

Ebenso setzten lokale Gesellschaften ethnische Konzepte ein, um die eigene Position gegenüber Rivalen vor Ort oder Repräsentanten des Empire zu stärken. Zunehmend verknüpften sie ethnische Kategorien mit Forderungen nach politischer Teilhabe, die sich auch gegen die imperiale Herrschaft wenden konnte. So hatten britische Kolonialbeamte in Indien die Kategorie der «Kaste» ursprünglich deshalb herangezogen und verschärft, um besser entscheiden zu können, welche Gruppen der Bevölkerung sich jeweils für den Einsatz auf Teeplantagen, den Bau von Eisenbahnen oder die Rekrutierung von Kolonialsoldaten eigneten. Doch ebenso aktiv nutzten die so Eingeordneten die Kastenordnung, um ihren eigenen sozialen Status zu verbessern. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelte das ethnische Prinzip der Kaste in Indien eine solche Mobilisierungskraft, dass viele Inder sich in eigenen «caste associations» organisierten, die wiederum zur sozialen Basis für den Kampf gegen die britische Kolonialmacht wurden.²⁷ Wie unterschiedlich auch immer ethnische Zugehörigkeit hergestellt und organisiert wurde, durchgehend handelte es sich um einen Prozess, den Beamte, Soldaten oder Missionare aus den Metropolen ebenso vorantrieben wie lokale Gesellschaften, nationale Eliten oder anti-imperiale Kritiker vor Ort.

Wie Empires mit ihren multiethnischen Gesellschaften umgingen, wann und warum es zur Krise der Vielfalt kam, zeigen fünf ausgewählte Handlungs-

felder, die symptomatisch für den weltweiten Prozess imperialer Expansion sind. Mit diesen Handlungsfeldern unterstreicht unser Buch zugleich zeitliche Phasen zwischen den 1780er Jahren und dem Ende des Ersten Weltkriegs, die typisch für imperiale Expansion und Herrschaftsverdichtung, aber auch für imperiale Krisen waren.

Wie Räume erobert und erschlossen wurden, war vielfältig und entzog sich einer starren Typologie. Das erste Handlungsfeld *Erobern und Erschließen* greift mit Siedlerkolonialismus, Kolonialkriegen, Besteuerung und Infrastrukturen vier charakteristische Formen imperialer Expansion heraus. Dabei steht die Frage im Zentrum, auf welche Weise die Protagonisten der Empires die Bevölkerungen fremder Gebiete unterwerfen wollten und wie diese ihrerseits mit der neuen Herrschaft vor Ort umgingen. Das zweite Handlungsfeld *Herrschen und Verhandeln* untersucht, wie Eroberung allmählich in Herrschaft umgesetzt, wie Macht «sesshaft» wurde und wie diese Prozesse die Tektonik der Macht veränderten.²⁸ Im Gegensatz zu älteren Vorstellungen von Empires als totalisierender Macht liegt der Schwerpunkt hier auf Strategien der Aushandlung und Kooperation. In unterschiedlichen Konstellationen waren die Vertreter der Empires darauf angewiesen, mit lokalen Bevölkerungen zusammenzuarbeiten, Vermittler einzusetzen und Kompromisse zu schließen. Das Kapitel blickt auf Krisen imperialer Herrschaft wie auch auf Recht, Bildung und Geschlecht als Instrumente und Machtstrategien. Es fragt, wie die so Unterworfenen ihrerseits solche Strategien für eigene Interessen unterliefen und wo die Grenzen dieser Handlungsmacht lagen.

Imperiale Herrschaft beruhte nicht allein auf Gewalt und Repression, sondern auch auf Loyalität, Zustimmung und Popularität. Beherrschte mussten integriert werden, um Eroberungen zu rechtfertigen, mussten selber Sichtbarkeit gewinnen, um neue Hierarchien zu akzeptieren. Zu welchen Praktiken Empires griffen, um Loyalität herzustellen und zu erhalten, thematisiert das dritte Handlungsfeld *Glauben und Repräsentieren*. Religion war eine Ressource, die alle Empires heranzogen, um heterogenen Gruppen Gemeinsamkeit zu vermitteln, die Monarchie eine weitere, um Loyalitäten zu stärken. Auch imperiale Städte wurden zu Laboratorien für den Umgang mit Differenz. Konnte städtische Modernität dazu beitragen, Konflikte einzudämmen, die sich aus ethnischer Polarisierung ergaben? Wie wirkten die globalen Verflechtungen von imperialen Hafenstädten wie Saloniki und Shanghai auf die Koexistenz in der Stadt zurück?

Das vierte Handlungsfeld, *Prosperieren und Profitieren*, konzentriert sich auf die Frage, ob und wie sich der Kapitalismus ethnisieren ließ. Ökonomischer

Profit bildete ein wichtiges Ziel, das imperiale Eliten mit der Herrschaft über neue Territorien anstrebten. Auch auf diesem Handlungsfeld spielte Ethnizität eine wichtige Rolle, sei es für die Bildung ökonomischer Netzwerke vor Ort, für den Versuch, kolonisierte Gebiete zu Rohstofflieferanten zu machen, oder für die Regulierung kolonialer Arbeit und Zuwanderung. Welche Folgen eine zunehmende Ethnisierung des Kapitalismus hatte, zeigt dieses Kapitel am Beispiel von Unternehmern, Gütern, Arbeitsregimen und sozialen Konflikten.

Das fünfte Handlungsfeld schließlich thematisiert *Kämpfen und Verteidigen* im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert. In diesem Zeitraum intensivierte sich imperiale Rivalitäten und die Wahrnehmung internationaler Modelle wie der Wehrpflicht, bis im Verlauf des Ersten Weltkriegs Krisen um Zugehörigkeit und Loyalität alle Empires unter wachsenden und schließlich existenziellen Druck setzten. Im Mittelpunkt des Kapitels stehen die Praxis multiethnischer Streitkräfte vor 1914, der Umgang mit sogenannten feindlichen Ausländern, «enemy aliens», und schließlich die Erfahrung von Kriegsgefangenen und Veteranen. In all diesen Fällen nahm die Ethnisierung politischer und sozialer Konflikte im Kontext des Kriegs massiv zu und spitzte die Frage nach der Überlebensfähigkeit der Empires zu.

Empires haben in der Geschichtsschreibung tiefe Spuren hinterlassen.²⁹ Welche unterschiedlichen Zugriffe auf Empires bestimmen ihre bisherige Deutung? In einer *zeitlichen* Dimension standen Empires zunächst für eine eigene «longue durée», eine lange Kontinuitätslinie mit eigenen Übergängen und Machtwechseln. Diese unterstellte «translatio imperii» verband etwa das antike Imperium Romanum mit dem Heiligen Römischen Reich oder das Britische Empire mit dem Imperium Americanum. Zu dieser zeitlichen Perspektive gehört bis heute das Motiv der geschichtspolitischen Anknüpfung an frühere Empires, sowie das immer wieder faszinierende Leitmotiv von Aufstieg, Niedergang und Fall, mit dem sich imperiale Expansion und Erosion erfassen ließ.³⁰ Als Edward Gibbon in den 1770er Jahren «Decline and Fall of the Roman Empire» beschrieb, kommentierte er damit zugleich die Krise des Britischen Empire angesichts der Abspaltung der nordamerikanischen Kolonisten. Empires in eine solche zeitliche Abfolge einzuordnen, erlaubte es, den Moment der Überdehnung besser zu verstehen, wenn Ressourcen des politischen Zentrums überfordert oder Widerstände zu groß wurden.³¹ Durch Analogiebildung und historischen Vergleich suchte man nach Erklärungen für Rückschritt, Krise und Scheitern. Auch Diagnosen über das Fortwirken des Imperialismus nach dem Ende der Empires, die für postimperiale Deutungen zentral sind, greifen auf solche zeitlichen Einordnungen von Empires zurück.³²

Lange Zeit unterschieden Historiker und Historikerinnen *geografisch* zwischen Landreichen und Seereichen und trugen damit wesentlich zu einer eurozentrischen Perspektive auf Empires bei. Zu den kontinentaleuropäischen Landreichen gehörten demnach Russland, die Habsburgermonarchie und das Osmanische Reich, Seereiche umfassten die maritimen Imperien der Spanier, Portugiesen, Niederländer, Franzosen und Briten seit der Frühen Neuzeit. Ein Grund für die vermeintlich so großen Unterschiede zwischen beiden Varianten waren Vorstellungen einer zivilisatorischen Hierarchie zwischen Europa und der außereuropäischen Welt.³³ Hinzu trat das Argument, dass die enormen Entfernungen innerhalb maritimer Empires ein besonderes Ausmaß an Gewalt freigesetzt hätten, welches es in kontinentalen Empires so nicht gegeben habe. Gerade die Gewaltintensität der Siedlerkolonien wurde einseitig maritimen Empires zugeschrieben. Aber schon ein Blick auf das Deutsche Kaiserreich nach 1871 erhellt, dass eine idealtypische Trennung beider Kategorien trügerisch ist, denn zu seinem imperialen Charakter trug die Praxis in den afrikanischen Kolonien und asiatischen Protektoraten genauso bei wie die Politik gegenüber der polnischen Bevölkerung etwa in der preußischen Provinz Posen.³⁴

Räumlich wirkt die in den klassischen Imperialismustheorien entwickelte Unterscheidung zwischen Zentrum und Peripherie bis heute nach. Machtströme fließen in vielen Interpretationen weiterhin einseitig von westlichen Zentren in außereuropäische Peripherien, Metropolen werden mit Fortschritt verbunden, Peripherien und Randprovinzen mit Rückständigkeit konnotiert. In solchen Argumentationen spielt die Verortung kapitalistischer Dynamik eine wesentliche Rolle, die einseitig in westlichen Zentren angesiedelt wird, während bloße Rohstoffherzeugung und die dafür nötige koloniale Arbeit ebenso einseitig kolonialen Räumen zugeschrieben wird.³⁵

Gesellschaftlich entspricht diesen räumlichen Antagonismen eine Asymmetrie der Akteure, die sich in der Unterscheidung zwischen Kolonisatoren und Kolonisierten, zwischen europäischen Tätern und indigenen Opfern niederschlägt. In vielen, gerade postkolonialen Ansätzen stehen machtvolle europäische Subjekte den bloßen Objekten der Kolonialherrschaft gegenüber. Gerade die Vorstellung vom Kolonialstaat als totalisierendem Staat hat solche Interpretationen noch befördert und den Gegensatz zwischen der Macht der Kolonisatoren und der Ohnmacht der Kolonisierten fixiert. Ausgeblendet bleiben dabei die Handlungsspielräume, die kolonisierte Gruppen und Individuen in der Auseinandersetzung mit neuen Herrschaftsansprüchen vor Ort entwickelten und erweiterten.³⁶ Auch Handlungsspielräume, die sich aus globaler Mobilität ergaben, werden erst erkennbar, wenn man Empires nicht als geschlos-

sene Container mit starren Machthierarchien betrachtet, sondern sie aus ihrer globalen Verflechtung heraus versteht.

Die Deutung von Empires ist bis heute eng mit dem Verständnis von *Staatlichkeit* verknüpft. Solange der Nationalstaat mit klar definierten Territorien, seinen Idealen von Rechtsgleichheit und politischer Teilhabe, seinem Anspruch auf ethnische Homogenität als Normalfall galt, erschienen Empires mit historisch gewachsenen Räumen, wechselnden Machthierarchien und ihrer Realität rechtlicher und ethnischer Ungleichheit als historischer Anachronismus.³⁷ Mit einer neuen Sensibilität für die Überschneidung zwischen beiden Modellen im 19. Jahrhundert ebenso wie für die Relevanz einer multiethnischen Gegenwart im 21. Jahrhundert verlieren solche normativen Einordnungen jedoch tendenziell an Gewicht.

Schließlich wurden und werden Empires bis heute als Rahmen *kultureller Deutungsmuster* interpretiert, die auf kollektiven Entgegensetzungen beruhen. Gerade im 19. Jahrhundert entwickelten Zeitgenossen aus dem Gegensatz zwischen Zivilisation und Barbarei Argumente für Eroberung und Unterwerfung. Der suggestive Gegensatz etwa zwischen einem indischen, orientalischen, afrikanischen und einem europäischen, okzidentalischen «Charakter», zwischen dem «lazy native» der Kolonien und dem «homo oeconomicus» Europas, prägte nicht allein rassistische Anthropologien, Werbesprache und ökonomisches Denken um 1900. Auch Edward Saids bis heute einflussreiches Paradigma des «Orientalismus» gründete sich auf eine Polarität, eben im Modus der kritischen Distanzierung.³⁸ In diesem Sinne postulierte er einen eurozentrischen, westlichen Blick auf die Gesellschaften des Nahen Ostens und der arabischen Welt, der Vorstellungen eines «aufgeklärten Westens» und eines «mysteriösen Orient» hervorgebracht und im akademischen Orientalismus eine besondere Feindseligkeit gegenüber dem Islam festgeschrieben habe.³⁹

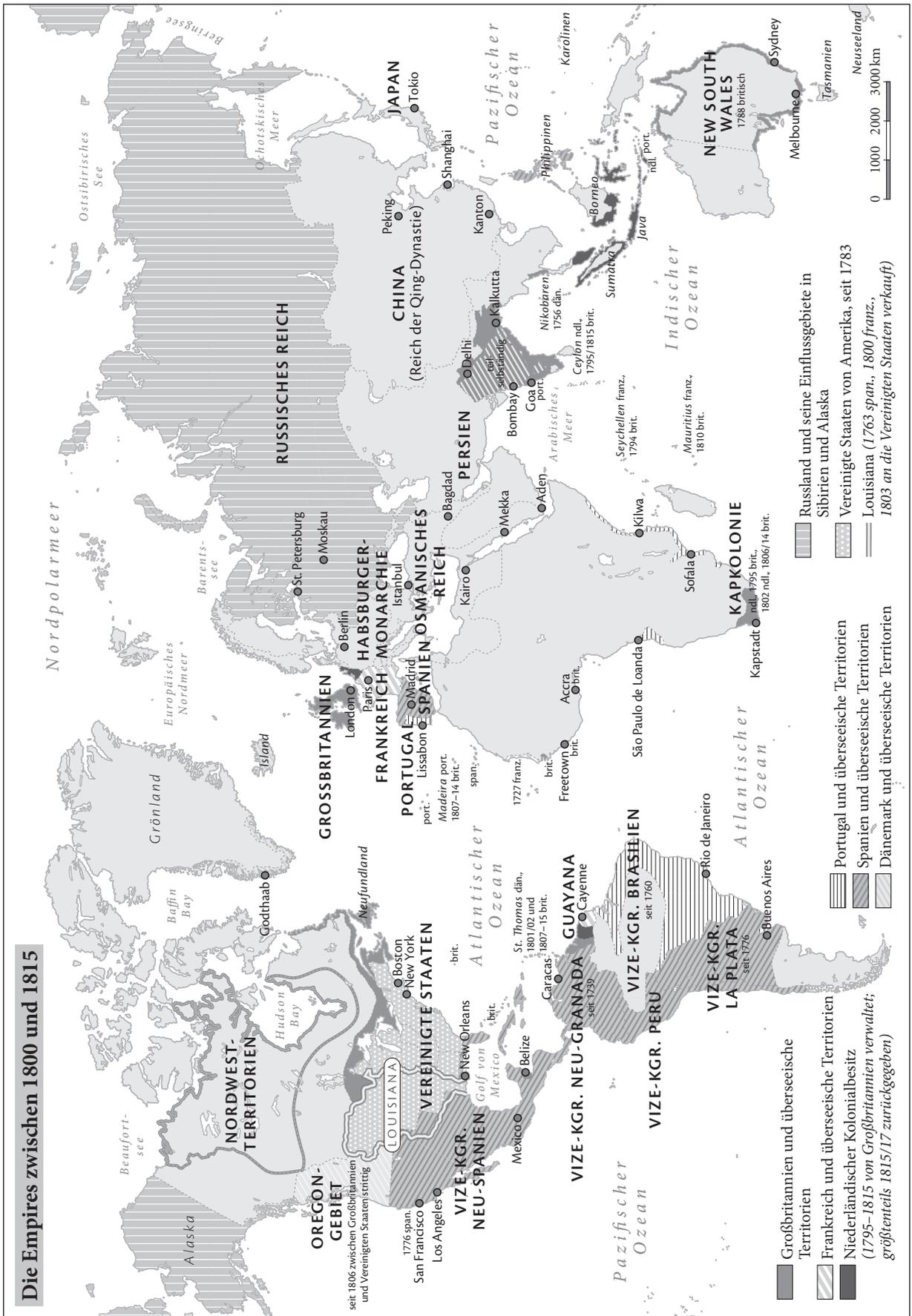
Die hier skizzierten bisherigen Zugriffe auf Empires gingen und gehen von starken Vorannahmen aus und argumentierten häufig aus der Perspektive des Zentrums. Für die Abhängigkeit der Metropolen von ihren Randregionen war meist kein Platz, und deren Unterschiede lösten sich oft in Vorstellungen statischer Unterdrückung auf. Wo Modernisierung gelang, schien territorial eindeutig definiert. Unser Buch stellt solchen Deutungen die Frage nach konkreten imperialen Herausforderungen, Konstellationen und Situationen gegenüber. Auf spezifischen Handlungsfeldern untersucht es Begegnungen, Konflikte und Kooperationen zwischen imperialen Akteuren und lokalen Gesellschaften und zeigt, wie Menschen mit imperialer Herrschaft umgingen, sie in kolonialen Räumen aushandelten, ihr subversiv begegneten oder sie unterliefen. Während Empires aus der Makroperspektive häufig als gleichsam natürliche

Herrschaftsform erscheinen, um unter den Bedingungen ethnischer Vielfalt Stabilität herzustellen, widmet sich unsere Untersuchung ausdrücklich den Mechanismen und Konsequenzen von Ausgrenzung, Repression und Gewalt.

Diesem Ansatz entspricht ein bewusster Verzicht auf eine einzige Methode oder Perspektive. Inspiriert vom historischen Vergleich stellt unser Buch historische Fälle in globaler Perspektive einander gegenüber, um zu übergreifenden Ergebnissen zu gelangen. Dabei nimmt es die Mobilität von Akteuren, Gütern und Wissen ernst, weshalb Transfer und Verflechtung wichtige Ansätze bilden. Vor allem drei Zugriffe erscheinen wichtig, um Empires neu in eine globale Geschichte des langen 19. Jahrhunderts einzuschreiben. Das Buch richtet den Blick auf die Binnenlogik imperialer Herrschaft zwischen unterschiedlichen Orten und Regionen, konzentriert sich also zum einen auf *Intra-imperialität*. Es zielt zum anderen auf die Durchlässigkeit imperialer Grenzen, indem es die Konsequenzen von Transfers und Mobilität verfolgt und dadurch die Mechanismen von *Transimperialität* offenlegt. Es konzentriert sich drittens auf *Interimperialität*, also auf das Verhältnis verschiedener Empires untereinander, das von Rivalität wie von Kooperation geprägt war.⁴⁰

Will man diese verschiedenen Dimensionen von Empires zusammendenken, die Verflechtung von Zentren und Randregionen rekonstruieren und das hohe Maß an Durchlässigkeit zwischen ihnen ausloten, gilt es, sich den konkreten Menschen zuzuwenden, die sich in Empires bewegten und handelten. In den Biografien dieser Männer und Frauen werden imperiale Logiken ebenso wie deren Widersprüche und Grenzen deutlich.⁴¹ Imperiale Akteure vor Ort prägten Vorstellungen von Empires meist viel stärker als schriftliche Erlasse, und sie übersetzten die Politik der Zentren in eine häufig deutlich andere Praxis vor Ort. Sie vermittelten zwischen Herrschenden und Untertanen und verwiesen dadurch auf die dauernde Aushandlung als prägendes Kennzeichen des kolonialen Alltags. Und sie verbanden durch ihre Mobilität Kolonien mit Metropolen, Randregionen mit Zentren. Das ermöglicht es, den räumlichen Zusammenhang historischer Empires neu zu entdecken, den klassische Erzählungen ebenso wie postkoloniale Narrative oft verdecken. Die Geschichte von Empires auch aus der Geschichte konkreter Lebenswege heraus zu erzählen, macht deutlich, dass Empires nicht nur eine Sache von Staaten und Regierungen in den Metropolen waren, sondern ebenso von Männern und Frauen vor Ort vorangetrieben, gestaltet, begrenzt und bekämpft wurden.⁴²

Mit diesem Vorgehen werden tradierte Zugriffe und die räumlichen und kulturellen Dichotomien, die in ihnen wirken und unser Verständnis von Empires bis heute prägen, dekonstruiert. Dadurch treten Verflechtungen, Überlappungen, Aneignungen ans Licht, Zwischenformen und Übergänge werden



Empires in einer globalen Geschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts

erkennbar. Genauso, wie sich beim Besuch von Cetshwayo Mpande in London 1882 scheinbar festgefügte Vorstellungen von Kolonisatoren und Kolonisierten, von europäischer Zivilisation und afrikanischer Rückständigkeit verflüssigten.

Empires um 1800

Warum beginnt unsere Geschichte im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts? Empires bildeten in der damaligen Welt den Normalfall territorial übergreifender Herrschaft.⁴³ Das galt für das mandschurisch-chinesische Qing-Reich, das Mogulreich auf dem indischen Subkontinent, es galt für Persien und das Osmanische Reich, genauso wie für die europäischen Kolonialreiche Großbritanniens, Frankreichs, Spaniens und Portugals sowie für die kontinental-europäischen Empires der Habsburgermonarchie und des Zarenreichs. Doch seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts veränderten sich die globalen Kontexte der Empires grundlegend.⁴⁴

Erstens entwickelte sich im Verlauf des 18. Jahrhunderts ein neuartiger Zusammenhang zwischen Staatlichkeit und Kriegsführung. Mit dem Begriff des «fiscal-military state» war zunächst ein zentrales Kennzeichen von Staatlichkeit umschrieben, das für den Aufstieg Großbritanniens zur globalen Macht von fundamentaler Bedeutung war. Dahinter stand ein effizientes Finanzsystem, das auf stetigen und hohen Steuereinnahmen, vor allem aus indirekten Steuern beruhte, die vom Parlament in London beschlossen wurden. Hinzu kam die Aufnahme preiswerter Kredite an den internationalen Finanzmärkten in Amsterdam und London, was die politische Stabilität des Schuldners voraussetzte. Diese Finanzquellen bildeten die Grundlage dafür, mit überlegener Ausrüstung kostspielige Kriege zu bestehen, wie sich bereits im Verlauf des Siebenjährigen Kriegs erwies.⁴⁵ Obwohl das Zentrum dieses Kriegs in Mitteleuropa lag, handelte es sich bereits um einen globalen Konflikt, einen ersten «Weltkrieg», so in den zwischen Großbritannien und Frankreich umkämpften Interessenzonen in Kanada und Indien. Der konsequente Ausbau der Royal Navy als globales Instrument erlaubte dem britischen Militär selbst Operationen gegen weit entfernte Ziele wie Manila und Havanna.⁴⁶ Durch den Erfolg des «fiscal-military state», die effizient genutzten Ressourcen der Seekriegsführung und die Fähigkeit zu militärischen Interventionen weltweit konnte Großbritannien anders als Spanien oder Frankreich seine Verluste nach der Unabhängigkeit der nordamerikanischen Kolonien seit den 1780er Jahren mehr als kompensieren.⁴⁷

Diese Verknüpfung von Kriegsführung und staatlicher Effizienz wirkte weit über Großbritannien hinaus als Modell in Europa. Auch im Zarenreich, in der Habsburgermonarchie und im Osmanischen Reich verstärkten Kriegserfahrungen den Druck auf Rekrutierungsleistungen und Steuererhebungen. Überall veränderte der imperiale Kriegsstaat das Verhältnis zwischen monarchisch verfassten Empires und Untertanen und provozierte gegen Ende des 18. Jahrhunderts lokale Widerstände, wie der Pugatschow-Aufstand in Russland 1773/75 und die Janitscharen-Revolution im Osmanischen Reich gegen die Reformanstrengungen des Sultans 1807 bewiesen.⁴⁸

Auch in der Habsburgermonarchie legten die Kriege des 18. Jahrhunderts strukturelle Probleme offen. Die Anlagerung unterschiedlicher Territorien über Personalunionen war im kontinentaleuropäischen Ancien Régime keine Ausnahme, wenn man an die Polnisch-Litauische Union im 16. Jahrhundert oder das schwedische Imperium denkt. Doch keine Monarchie vereinte durch eine Dynastie so viele und unterschiedliche Gebiete zu einem «Totum» wie die Habsburgermonarchie.⁴⁹ Ihr Herrschaftsraum reichte am Ende des 18. Jahrhunderts von Ungarn im Südosten bis zu den Niederlanden im Nordwesten Europas. Als Kompositmonarchie gründete sie auf über Jahrhunderte gewonnenen Erfahrungen und Routinen im Umgang mit rechtlicher, politischer oder religiöser Vielfalt. Doch am Ende des 18. Jahrhunderts intensivierte die Regierung Josephs II. im Zeichen eines rational-bürokratischen Absolutismus ihre Bemühungen, die Monarchie durch Unifizierung und Zentralisierung zu stärken. Wie in anderen kontinentaleuropäischen Empires waren Widerstände die Folge, die in Belgien als Reaktion auf eine überstürzte Justizreform, die keine Rücksicht mehr auf gewachsene Strukturen nahm, bereits 1787 revolutionär eskalierten.⁵⁰

Zweitens erodierte im Verlauf des 18. Jahrhunderts die Macht überkommener Empires außerhalb Europas oder an der Grenze zwischen Europa und Asien, während sich bei anderen Empires neue Expansionsrichtungen abzeichneten. Das Osmanische Reich war in der Epoche zwischen 1600 und 1800 strukturell nicht stärker von Krisen betroffen als andere Regionen der Welt. Doch als langfristig entscheidend wirkten sich seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts die schweren militärischen Niederlagen aus, zumal gegen das im Südosten Europas und in der Schwarzmeerregion expandierende Zarenreich. Als die Kriege zwischen 1768 und 1774 mit dem Friedensschluss von Küçük Kaynarca 1774/75 ausliefen, geriet das Khanat der Krim mit seiner muslimischen Bevölkerungsmehrheit in den russischen Einflussbereich, während der Zar eine besondere Schutzfunktion für die orthodoxen Christen im Osmanischen Reich beanspruchte. Zudem sicherte der Friedensschluss der

russischen Flotte den Zugang zum Schwarzen Meer, und bereits 1783 folgte die Annexion der Krim. Auch in anderen Gebieten fiel es der osmanischen Führung immer schwerer, eigene Territorien wirksam zu verteidigen. Ägypten geriet vor diesem Hintergrund am Ende der 1790er Jahre in den Fokus des jungen französischen Revolutionsgenerals Bonaparte.⁵¹

Anders als das Osmanische Reich war das Zarenreich ein vergleichsweise junges Empire. 1721 hatte Zar Peter I. nach dem militärischen Sieg über Schweden im Großen Nordischen Krieg dessen Rolle als dominierende Macht in Nordosteuropa an sich gerissen und den Titel «Peter der Große, Vater des Vaterlandes, Allrussischer Imperator» angenommen, der ihm vom Senat und dem Heiligen Synod, der Führung der Russisch-Orthodoxen Kirche, angetragen worden war. Obwohl andere europäische Mächte diesen neuen Status erst im Laufe der Zeit anerkannten, war der imperiale Charakter Russlands angesichts der territorialen Expansion in Nordost- und Südosteuropa bis zum Schwarzen Meer unübersehbar.⁵²

Die Erosion traditioneller Empires erwies sich im 18. Jahrhundert auch in Persien, wo die Herrschaft der Safawiden endete und sich in der neuen Hauptstadt Teheran die Kadscharen etablierten. In Indien hatte bereits 1739 die erfolgreiche Invasion Nadir Schahs, des Schahs von Persien zwischen 1736 und 1747, die relative Schwäche des Mogulreichs offengelegt. Auch den Angriffen der Marathen-Herrscher von ihrem zentralindischen Machtbereich aus hatten die Mogulkaiser wenig entgegenzusetzen. Obwohl ihre Herrschaft nominell weiterbestand, entwickelten sich auf dem indischen Subkontinent zahlreiche regionale Fürstentümer, die immer wieder in Konkurrenz zueinander standen. Viele von ihnen umfassten Territorien, die deutlich größer waren als etablierte Staaten wie Großbritannien und Frankreich. Der Zerfall des Mogulreichs in Indien wurde also nicht durch rivalisierende europäische Seemächte ausgelöst, sondern durch Eroberungszüge expansiver Nachbarn. Aus der Perspektive des mandschurisch-chinesischen Qing-Empire, Indiens und Persiens war die massive Expansion europäischer Empires noch nicht absehbar.⁵³

Die Machterosion überkommener Empires bildete, *drittens*, eine wichtige Voraussetzung für die langfristige Herrschaftsexpansion europäischer Staaten. Zunächst hatte sich die 1600 in England gegründete East India Company auf Hafenstädte als Ausgangspunkte für den Handel konzentriert, so dass hier anders als in den spanischen Kolonien Mittel- und Südamerikas territoriale Unterwerfung, Mission und Siedlung zunächst nicht im Vordergrund standen. Erst ab den 1750er Jahren erwarb die Company die Kontrolle über immer größere Gebiete in Bengalen, nachdem die Zusammenarbeit mit den regionalen Fürsten, den Nawabs, nicht mehr funktionierte.⁵⁴ Dennoch blieb die Com-

pany angesichts der zahlreichen Fürstenstaaten in Indien mit ihren lokalen Machtzentren zunächst nur ein Akteur unter mehreren. Von anderen Institutionen unterschied sie der besondere Doppelcharakter als privatwirtschaftliches Unternehmen und als «fiscal-military state», der Kriegsführung und Steuerstaatlichkeit miteinander verknüpfte, so dass die Company im frühen 19. Jahrhundert mehrere Armeen unterhalten konnte. Seit den 1750er Jahren und bis in die 1850er Jahre prägten militärische Eroberungen, Handelsmonopole, die Ausweitung bürokratischer Strukturen und die Bereitschaft, in die Strukturen und Traditionen der indischen Fürstenstaaten einzugreifen, das Vorgehen der Company. Afrika war in dieser Frühphase des 19. Jahrhunderts noch kein Ziel der europäischen Expansion. Der Kontinent war noch nicht aufgeteilt und besaß eigene große und zentralisierte Königreiche wie das Zulu-Reich, das auf neuen Militärtechniken und der Herrschaft über große Acker- und Weideflächen basierte. Das christliche Äthiopien wies als älteste Monarchie des Kontinents dagegen bis Mitte der 1850er Jahre keine zentrale Regierungsgewalt auf.⁵⁵

Viertens entwickelte sich seit den 1770er Jahren ein atlantischer Revolutionsraum, der unmittelbare Konsequenzen für die Legitimation der Empires haben sollte.⁵⁶ In Südamerika wehrten sich seit den 1760er Jahren lokale Eliten gegen Versuche der spanischen Monarchie, die Herrschaft vor Ort stringenter durchzusetzen. In Nordamerika spitzte sich der Konflikt zwischen den Repräsentanten der nordamerikanischen Kolonisten und der Regierung in London über die politischen Rechte der Besteuerten zu. Hier traf das Modell des «fiscal-military state» auf die politische Teilhabeerwartung der Besteuerten, die ihre Position mit der Forderung «no taxation without representation» untermauerten. Seit den 1770er Jahren prägten Unabhängigkeitskämpfe und Sezessionen mehrfach Krisen imperialer Herrschaft: Während in Nordamerika der Kampf der 13 Kolonien zwischen 1776 und 1783 in die staatsrechtliche Unabhängigkeit mündete, schied Haiti 1804 aus dem französischen Kolonialreich aus. Diese Entwicklung nahm ihren Ausgang im Sommer 1791 von der Revolution der mulattischen Pflanzerelite und der Sklaven in Saint-Domingue, das mit seiner Zuckerrohrproduktion die ökonomisch erfolgreichste Kolonie Frankreichs darstellte. Damit reagierten diese Gruppen auf die Revolution in Frankreich und führten zugleich eigene lokale Freiheitstraditionen fort. Umgekehrt forcierten die Ereignisse in der Karibik die Abschaffung der Sklaverei in Frankreich, die schließlich im Februar 1794 durch den Nationalkonvent erfolgte. Ihre Wiedereinführung unter Napoleon, der weder auf die Einnahmen aus der ertragreichen Kolonie noch auf einen strategisch exponierten Stützpunkt in der Karibik verzichten wollte, provozierte erneute Aufstände. Nach

einem blutigen Bürgerkrieg und der Abwehr weiterer britischer und französischer Eingriffsversuche errang Haiti 1804 die Unabhängigkeit.⁵⁷

Fünftens verwies die Legitimationskrise des Spanischen Kolonialreichs auf den Aufstieg eines Empires neuen Typs. Das Napoleonische Kaiserreich entfaltete sich seit 1804 vor allem in Kontinentaleuropa und basierte auf einem Konglomerat aus unterworfenen und annektierten, direkt von Paris aus kontrollierten Gebieten, von napoleonischen Familienmitgliedern regierten Satellitenstaaten, abhängigen Vorfeld- und Interessenzonen und erzwungenen Allianzen. Die Unterwerfung immer neuer Territorien durch die napoleonischen Armeen forderte die überkommenen Empires auf dem europäischen Kontinent heraus. Während das Heilige Römische Reich deutscher Nation die napoleonische Flurbereinigung nicht überlebte, lagen auf dem Höhepunkt der Ausdehnung des Napoleonischen Empire 1812 allein das Zarenreich, das Britische Empire und das Osmanische Reich außerhalb der kontinentalimperialen Machtzone Frankreichs.⁵⁸ Doch anders als im Falle Großbritanniens, das seit den 1750er Jahren in Indien, mit der Besiedlung Australiens seit 1788 sowie Neuseelands im frühen 19. Jahrhundert im Südpazifik expandierte, blieb der Ausgriff Frankreichs nach Ägypten 1799 und der Versuch, eine dauerhafte französische Machtposition im südöstlichen Mittelmeer zu begründen, nur eine kurze Episode. Ein nordafrikanisches Kolonialreich verfolgten die französischen Eliten erst seit den 1830er Jahren in Algerien.⁵⁹

Als sich die Krise überkommener Empires in den Napoleonischen Kriegen beschleunigte, erwies sich Großbritannien als globaler Profiteur dieser Entwicklung. Der Einfall französischer Truppen in die Republik der Vereinigten Niederlande unterbrach die Verbindung der Niederländer zu ihren südostasiatischen Handelsniederlassungen, so dass die Royal Navy ihren Wirkungsradius hier vergrößern konnte. Noch wichtiger wurden die Folgen des Einmarsches Napoleons in Spanien 1808. Denn mit dem faktischen Zusammenbruch der Monarchie in Madrid beschleunigten sich die Erosion der spanischen Herrschaft und die Bildung unabhängiger Staaten in Südamerika, die bis zur Mitte der 1820er Jahre abgeschlossen sein sollte.⁶⁰

Sechstens markierte der Wiener Kongress 1814/15 vor diesem Hintergrund eine wichtige Schwelle in einer globalen Geschichte der Empires.⁶¹ Dem Ziel eines Machtausgleichs durch territoriale Verschiebungen von monarchisch verfassten Staaten ohne Rücksicht auf die betroffenen Untertanen entsprachen in Wien die Regelungen für das Zarenreich und die Habsburgermonarchie. Wenn bereits der Siebenjährige Krieg ohne seine globalen Implikationen nicht zu verstehen war, so galt das erst recht für die Kriege der Französischen Revolution und Napoleons. Am Ende der weltweit ausgetragenen Konflikte si-

cherte sich das Britische Empire nach 1815 die Kontrolle über Gibraltar, Malta, die Ionischen Inseln, das Kap der Guten Hoffnung, Malakka und Ceylon und konnte neue Handelsstützpunkte einrichten, wie 1824 im späteren Singapur. Mit diesen Küstenstützpunkten und Inseln verfügte Großbritannien nun über ein globales Netzwerk zum Einsatz der Royal Navy – eine entscheidende Voraussetzung für die Expansion des Britischen Empire.⁶²

Auch für die kontinentaleuropäischen Empires markierte die Phase zwischen 1792 und 1815 eine tiefgehende Zäsur. Zunächst hatten die Kriege die Flanken der zerstreuten habsburgischen Herrschaftsräume schonungslos offengelegt, so dass 1815 die territoriale Konzentration als Voraussetzung für innere Stabilität und äußere Sicherheit ins Zentrum rückte. Auf dem Wiener Kongress gewann die Habsburgermonarchie Tirol und Vorarlberg, den größten Teil Salzburgs und den kleineren Teil des 1809 an Napoleon verlorenen polnischen Gebiets. Während die Wiener Regierung die zerstreuten und weiter entfernten Gebiete wie die Niederlande und Vorderösterreich aufgab, erhielt die Monarchie als Kompensation und Sicherheitszone Oberitalien und weitere Gebiete an der Adria zugesprochen. Das neue Königreich Lombardo-Venetien und Dalmatien wurden über Personalunionen an das österreichische Kaisertum gebunden, das aus dem von Napoleon erzwungenen Ende des Alten Reichs entstanden war. Nach dem Wiener Kongress bildete die Habsburgermonarchie mit den Königreichen Ungarn, Galizien-Lodomerien und Lombardo-Venetien innerhalb Kontinentaleuropas zum ersten Mal einen territorial kompakten Block. Die Zahl seiner Einwohner stieg von 23 Millionen bis 1850 auf ca. 36 Millionen an.

Mit dem Ende des Alten Reichs im Kontext der Napoleonischen Kriege hatte die Wiener Monarchie zunächst ihre traditionelle Rolle als dominierende Macht für Deutschland eingebüßt. Allerdings blieb Österreich als Präsidialmacht im Deutschen Bund weiter dominant. Noch wichtiger wurde Oberitalien sowie der sich nach Südosten öffnende Raum zwischen Alpen, Adria und der südöstlichen Donau. Dazu kam die lange Grenze zum Russischen Reich, das sich als Konsequenz der Ergebnisse von 1815 durch die Gebietsgewinne in Polen und Finnland deutlich nach Westen verlagerte. Südosteuropa zeichnete sich als neue Konfliktzone zwischen Russland, der Habsburgermonarchie und dem Osmanischen Reich ab.⁶³

Anders als viele deutsche Staaten, die als Mitglieder des von Napoleon gegründeten Rheinbundes nach 1815 zu Verfassungsstaaten wurden, fehlten in der Habsburgermonarchie bis zur Revolution 1848/49 ernsthafte Fortschritte in der Verfassungsfrage. Das politische Zentrum bildeten Monarch und Staatsrat unter Staatskanzler Metternich in Wien. In den Erb- und Kronlän-

den existierten weiterhin altständische Vertretungen, in denen Adel und hoher Klerus dominierten. Gerade das Ende der von Joseph II. erzwungenen Reformen stärkte die Landstände mit ihrer Kompetenz zur Steuerbewilligung, und in Ungarn wirkte der Reichstag sogar an der Gesetzgebung mit. Dem Grundzug zu mehr bürokratischer Rationalisierung und Unifizierung widersprach das in der Habsburgermonarchie weiter dominierende Nebeneinander dynastisch verbundener Länder oder «Provinzen», die auf ihre Selbständigkeit und ihren tradierten Rechtsstatus pochten. Auf die frühen Nationalbewegungen, die vor allem in Polen und Oberitalien entstanden und sich gegen die habsburgische Fremdherrschaft wehrten, reagierte die politische Elite mit dem Rekurs auf überkommene Strukturen – was den historischen Erb- und Kronländern der Monarchie immer neue Gelegenheiten schuf, ihre Autonomie zu betonen.⁶⁴

Das Zarenreich erhielt 1815 das nun in Personalunion regierte Königreich Polen sowie das Großfürstentum Finnland, bevor sich in den folgenden Jahrzehnten die Expansion auf den Süden mit Zentralasien und das Kaukasusgebiet konzentrieren sollte. So erlebte das Russische Reich ein enormes Bevölkerungswachstum von 37,2 Millionen (1795) auf 178 Millionen vor 1914. Die Expansion in nicht-russische Gebiete ließ den Anteil der russischen Bevölkerung zwischen den Volkszählungen von 1795 und 1897 von 53 auf 44 Prozent sinken. Die Rolle des Zarenreichs in den Kriegen gegen Napoleon führte nach 1815 zu einem neuen imperialen Selbstbild, das auf die Garantie Europas und die Abwehr einer französisch-imperialen Hegemonie rekurrierte. Doch zugleich erwiesen die Kriege auch die Probleme des russischen Empire, das Steuern und Rekruten nicht durch eigene Beamten einzog und rekrutierte, sondern über die Gemeinde. Ein «fiscal-military state» war das Zarenreich in diesem Sinne um 1815 nicht. Hinzu kam eine wachsende Kritik derjenigen, die als Offiziere, Politiker oder Studenten längere Zeit zwischen 1800 und 1820 in Frankreich verbracht hatten und die politischen und sozialen Veränderungen in Westeuropa seit der Französischen Revolution mit der Realität des Zarenreichs verglichen.⁶⁵

Für das Osmanische Reich dokumentierten die schweren Niederlagen seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts in den Augen der Zeitgenossen den großen Entwicklungsrückstand des osmanischen Militärs, der Verwaltung und der wirtschaftlichen Entwicklung. Von Staatlichkeit im Sinne des «fiscal-military state» konnte hier keine Rede sein. Diese strukturellen Schwächen des Empire vor Ort verstärkten in den südosteuropäischen Gebieten, vor allem bei Serben und Griechen, Aufstandsbewegungen. Dennoch beharrten die Eliten des Osmanischen Reichs nach 1815 auf der über Jahrhunderte ge-

wachsenen territorialen Machtstellung in Südosteuropa, Nordafrika und im westlichen Asien. Die großen Reformanstrengungen des 19. Jahrhunderts, die wie die Tanzimat-Reformen seit 1839 auf westliche Vorbilder zurückgriffen, sollten dazu beitragen, diese Position zu verteidigen. Trotz des internationalen Machtverlusts und des beginnenden Rückzugs aus Südosteuropa, der die «Orientalische Frage» bis zum Ersten Weltkrieg zur politischen Konstante in der Suche nach internationaler Sicherheit in Europa machte, sollte das Osmanische Reich in wechselnden Bündniskonstellationen zahlreiche Krisen überstehen. Den Höhepunkt dieser Politik markierte das Bündnis mit Großbritannien und Frankreich gegen Russland im Krimkrieg von 1854–56. Seitdem wurde die Hohe Pforte in die Gleichgewichtsordnung Kontinentaleuropas miteinbezogen, allerdings um den Preis einer wachsenden Abhängigkeit von europäischen Machtkonstellationen und zahlreicher Eingriffe von außen in die osmanische Souveränität.⁶⁶

Empires scheinen in unsere Welt zurückgekehrt zu sein. Die neue Gegenwart aggressiver Expansion und die Krise einer überkommenen Weltordnung verweisen auf imperiale Kontinuitäten und eine Re-Imperialisierung – in China und Russland genauso wie in der Türkei. Wie das imperiale Erbe fortwirkt, prägt aber auch den gegenwärtigen Blick Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und vieler westlicher Gesellschaften auf ihre eigene koloniale Vergangenheit. Doch historische Empires besaßen ihre ganz eigenen Logiken, mit ethnischer Vielfalt im Inneren und äußerer Rivalität umzugehen. Wie Empires neue Räume eroberten und welche Dynamiken die Gesellschaften dieser Territorien dem entgegensetzten, zeigt das erste Kapitel, *Erobern und Erschließen*.

I.

EROBERN UND ERSCHLIESSEN

1800 befand sich rund ein Drittel der Weltoberfläche unter europäischer Herrschaft, 1914 waren es mehr als drei Viertel.¹ Große Teile Asiens, Afrikas und Australiens waren von europäischen Empires erobert worden, die dafür Siedler entsandten, Kolonialkriege führten, Eisenbahnen bauten, Kanäle anlegten und Steuern von den lokalen Gesellschaften erzwangen. Die vielleicht folgenreichste Strategie der Empires bestand darin, Siedlern freie Hand zu geben. Zwischen 1815 und 1914 verließen rund 22 Millionen Menschen Großbritannien und ließen sich in den Vereinigten Staaten, in Australien, Neuseeland, Kanada und Südafrika nieder.² In Russland wanderten allein in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mehr als 17 Millionen Menschen in den Süden am Schwarzen Meer, in die Kasachensteppe, nach Zentralasien, später Millionen auch nach Sibirien.³ Ebenso kam es in Algerien zwischen 1830 und 1870 zur Besiedelung durch Europäer. Rund eine halbe Million europäischer Siedler ließen sich in der Region nieder, die bislang formal zum Osmanischen Reich gehört hatte.⁴ Das Aufeinandertreffen europäischer Siedler, die Land erwerben wollten, mit lokalen Gesellschaften, die über das Land verfügten, führte überall zu Konflikten und häufig zu extremer Gewalt. Doch der Siedlungskolonialismus europäischer Empires ging im Völkermord nicht auf. Vielmehr wurde die «frontier», die sich verschiebende Grenze zwischen europäischen Siedlern und lokaler Bevölkerung, zum Konfliktraum wie zur Kontaktzone. Folgt man den Akteuren vor Ort, die sich gegen die imperiale Landnahme in Australien, Russland oder Afrika zur Wehr setzten, treten Handlungsspielräume zutage, die eine neue Wirklichkeit des kolonialen Alltags offenlegen.

Um sich auszudehnen und fremde Gesellschaften zu unterwerfen, führten Empires nahezu permanent Kolonialkriege. Dabei handelte es sich meist um regional begrenzte Kriege zwischen imperialem Militär und lokalen Milizen, denen vor allem Asymmetrie, also eine erhebliche Ungleichheit der Gegner, zugeschrieben wurde. Die britische Armee kam zwischen 1815 und 1914 inner-

halb Europas nur ein einziges Mal zum Einsatz, nämlich 1854 auf der Krim, kämpfte aber ständig in außereuropäischen Weltregionen, um die Grenzen des Empire zu stabilisieren oder weiter auszudehnen. Das französische Empire führte seit den 1830er Jahren einen langen Krieg gegen Araber und Berber in Nordafrika. Russland wiederum war zwischen 1800 und 1877 praktisch permanent im Kaukasus und in anderen zentralasiatischen Territorien militärisch engagiert. Doch wie ungleich waren die Gegner, wenn eine riesige russische Armee die zahlenmäßig weit unterlegenen Tschetschenen und Dagestaner im Kaukasus 30 Jahre lang nicht besiegen konnte? Und wie veränderten sich diese Kolonialkriege im langen 19. Jahrhundert durch moderne Waffen, zunehmenden Rassismus und die Einbeziehung der Zivilbevölkerung?

Zum Testfall für die Empires, ob ihre Herrschaft funktionierte, wurden Steuern. Die kämpfenden Armeen mussten finanziert, neue Verwaltungen bezahlt, entsandte Beamte besoldet werden. Fast überall machten imperiale Regierungen die eroberte Bevölkerung zum Gegenstand der Besteuerung, um sie für ihre Unterwerfung selber zahlen zu lassen. Während Besteuerung und politische Teilhabe in Europa zunehmend miteinander verknüpft wurden, schlossen sie sich im kolonialen Kontext aus. Das Problem fehlender Legitimität konnten die Beamten der Grenzregionen und Kolonien daher nur durch Gewalt, durch Zusammenarbeit mit regionalen Eliten oder durch niedrige Steuern lösen. In ganz unterschiedlichen Weltregionen, in Oberitalien wie in Nordindien, wichen Steuerschätzung und Zahlung immer mehr voneinander ab. Die Besteuerten begannen, die Grenzen der Abschöpfung anders zu bestimmen, als die Finanzminister in London, Wien oder St. Petersburg geplant hatten.

Um ihre Zentren mit den neu eroberten Territorien zu verbinden, griffen die Regierungen aller Empires auf neue Technologien zurück, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts versprochen, Zeit zu verkürzen, Entfernungen zu verringern und Menschen mobiler zu machen. Dazu zählten vor allem Kanäle, Eisenbahnen und Telegrafen. Der 1869 eröffnete Suezkanal, die Transsibirische Eisenbahn oder die osmanische Hedschas-Bahn, die seit 1900 von Damaskus nach Medina führte, waren besonders prominente Großprojekte der Zeit. Die neuen Verkehrswege sollten dazu beitragen, Grenzen militärisch zu sichern, weit entfernte Gesellschaften besser zu kontrollieren, den Handel zu globalisieren oder auch Pilgern die Reise zu erleichtern. Doch in vielen Fällen entfalteten die Infrastrukturen eine Dynamik, welche die Planer in Paris, Kairo oder Istanbul nicht vorausgesehen hatten und die das eigentliche Ziel der imperialen Integration unterlief.

Neben all diesen Möglichkeiten der Empires, neue Räume zu erobern und zu erschließen, traten somit auch die Grenzen imperialer Macht zutage und damit die situative Schwäche jener «langen Arme und schwachen Finger der Empires», die Kolonisierte und Untertanen für ihre eigenen Agenden zu nutzen verstanden.⁵

1. Siedlerkolonialismus: Gewalt, Deportation und Enteignung

1838 wurde zum «annus horribilis», zum Schreckensjahr der australischen Siedler. Eine zerstörerische Dürre hatte Felder und Weiden ausgetrocknet und Zehntausende von Schafen sterben lassen. Der globale Preis für Wolle war auf einen Tiefstand gesunken, und die Siedler in New South Wales, der britischen Kolonie im Südosten Australiens, sahen ihre Lebensgrundlagen bedroht. Gleichzeitig strömten immer mehr Siedler aus Großbritannien nach New South Wales, wo die Vertreter privater wie staatlicher Agenturen die Gebiete der australischen Ureinwohner in Auktionen billig an die Europäer versteigerten. Die Masseneinwanderung verdreifachte die weiße Bevölkerung Melbournes in nur drei Jahren auf 6000 Menschen.⁶ Doch die Legalität von Gewalt, die den europäischen Siedlern die Besetzung und Enteignung des Landes möglich gemacht hatte, schien 1838 plötzlich bedroht. Ein australisches Kolonialgericht hatte sieben britische Siedler in Myall Creek im Norden von New South Wales erstmals wegen Mordes an australischen Aborigines angeklagt. Der Sensationsprozess gegen die Siedler, die eine Gruppe von Kindern, Frauen und älteren Männern erschossen und ihre Körper bis zur Unkenntlichkeit zerstückelt hatten, endete mit der Verurteilung der Siedler zum Tod. Der *Sydney Herald* heizte die ohnehin angespannte Stimmung in New South Wales durch seine Beschreibung der Aborigines weiter auf. Auf den Seiten der wichtigsten Zeitung des Landes wurden sie zu «brutalen Wilden auf der untersten Stufe menschlicher Verkommenheit», während die britischen Kolonialbeamten gleichzeitig als Verräter an ihrer eigentlichen Aufgabe, die Siedler zu schützen, gebrandmarkt wurden.⁷

Ganz ähnliche Entwicklungen wie im Südosten Australiens spielten sich gleichzeitig in Südafrika, Neuseeland, Algerien und Russland ab. Gerade im Zarenreich stellte die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Hochzeit des russischen Siedlerkolonialismus dar, der genau wie in den maritimen Siedlerkolonien vom Kampf um Land geprägt war. Hier waren es nomadische Hirtenengesellschaften wie die Kumücken oder Baschkiren, Nogai oder Kasachen, auf die landhungrige russische, ukrainische oder deutsche Siedler stießen und die das Versprechen der Regierung, «auf unbewohnte Steppen zu stoßen», zur

reinen Fiktion machten.⁸ Der Kampf um Land führte an allen Orten der entstehenden, sich weltweit vorschiebenden Siedlergrenze zu enormer Gewalt, sie wurde geradezu zu einem Kennzeichen dieser globalen «frontier». Auch die Begriffe, die jetzt entstanden, waren oft gegenseitige Anleihen und sprachliche Imitationen, die international geläufig wurden. Den «pioneer» gab es überall, der englische «squatter» wurde in Russland zum «Skvater», die englischen «colonists» entsprachen immer mehr den russischen «colonisti». Wie Empires mit diesen Begegnungen zwischen Siedlern und lokalen Gesellschaften umgingen, welche Politik die kolonialen Beamten verfolgten und zu welchen Strategien die Gesellschaften selber griffen, zeigt der Vergleich von Weltregionen, die zu Zentren des imperialen Siedlerkolonialismus wurden: New South Wales im Südosten Australiens und die zarischen Provinzen Neurussland und Transkaukasien in den 1830er und 1840er Jahren.

*Aborigines, Siedler und ein britischer Protektor:
New South Wales 1838–1858*

Der Zeitpunkt für die Ankunft der sechs neu ernannten «Protektoren für Aborigines», die Ende 1838 aus London in Sydney eintrafen, um die Aborigines gegenüber den britischen Siedlern zu schützen, hätte nicht ungünstiger sein können. Ökonomische Panik der Siedler, politischer Protest gegen die Kolonialregierung und permanente Gewalt gegenüber den Aborigines prägten die Situation. Doch auf den Seiten des *Sydney Herald* waren es nicht die Aborigines, die bedroht wurden, sondern vielmehr die Siedler, die jetzt von drei Gruppen angegriffen schienen: körperlich von den australischen Aborigines, «diesen schmutzigen mörderischen Kannibalen», rechtlich vom britischen Gouverneur und seinen voreingenommenen Beamten, die das Wohl der Siedler rücksichtslos aufs Spiel zu setzen schienen, und moralisch von einer heuchlerischen Lobby von Aktivisten und Abgeordneten aus London, welche die Protektoren entsandt hätten und damit der eigenen Kolonie in den Rücken fielen.⁹ Entsprechende Verachtung schlug auch Edward Stone Parker entgegen, einem der neu ernannten britischen Beamten, der im Herbst 1838 in Sydney eintraf und seinen Eindruck der Lage nach London übermittelte: «Dürfen die Rechte der Aborigines durch Gewalt einfach außer Kraft gesetzt werden? Ich halte es für meine Pflicht, die Ansprüche der Aborigines auf ihr Land respektvoll, aber entschieden zu sichern. Gerade in ihrer jetzigen Lage, wo sie gewaltsam des Landes beraubt werden, das ihnen unbezweifelbar gehört, wo ihnen jedes Recht auf Humanität abgestritten wird, wo sie wie streu-

nende Hunde betrachtet und behandelt werden, gehen sie ansonsten zügig ihrer sicheren Vernichtung entgegen.»¹⁰

Den Anstoß zur Entsendung der Protektoren hatte die Verdrängung und teilweise Ermordung der einheimischen Bevölkerung und die Besetzung ihres Landes gegeben, die in Australien ebenso wie in den anderen Siedlerkolonien des Britischen Empire, in Kanada, Südafrika, Neuseeland oder Tasmanien an der Tagesordnung war. Berichte über koloniale Gewaltexzesse, durch die in Tasmanien die gesamte Aborigines-Bevölkerung ausgelöscht worden war, hatten evangelikale Kreise in London aufgeschreckt und 1835 zur Einrichtung einer Untersuchungskommission des britischen Parlaments geführt. Die Kommission forderte Berichte aus den unterschiedlichen Siedlerkolonien des Britischen Empire an, um den Umgang mit den ansässigen Bevölkerungen vergleichen zu können. Ein britischer Sympathisant der australischen Aborigines, der als Staatsanwalt in New South Wales gearbeitet hatte, betonte, dass die Gewaltpraxis der Siedler kein isoliertes Problem war, sondern überall dort auftrat, wo Massen von landhungrigen Siedlern auf meist nomadische Gesellschaften stießen: «Die Untaten sind nicht auf einen Ort beschränkt und haben daher keineswegs rein lokale Gründe. Im Gegenteil, sie sind so verbreitet, dass wir vielmehr von einer tiefsitzenden Ursache ausgehen müssen, die in der allgemeinen Herrschaft über unsere entfernten Besitzungen liegt.»¹¹ Weder den humanitär motivierten Gruppen in London noch der britischen Regierung ging es bei ihren Überlegungen, wie die Siedlergewalt einzudämmen sei, um eine Veränderung oder gar Beschränkung des Siedlerkolonialismus an sich. Im Gegenteil, die Kommissionsmitglieder befürworteten das Prinzip der britischen Kolonisierung, verurteilten aber seine Praxis vor Ort als Entartung. Sie sahen ihre Aufgabe vor allem darin, die schlimmsten Auswüchse der Gewalt zu mildern, dem Siedlerkolonialismus eine zivilisatorische Komponente zu geben, und auf die Kritik einer sensibilisierten Öffentlichkeit mit konkreter, sichtbarer Kontrolle zu reagieren.

Als Ergebnis der Kommissionsberatung entsandte die Regierung seit 1838 sogenannte «Protektoren für Aborigines» in jede Siedlerkolonie des Britischen Empire. Die Protektoren und ihre Mitarbeiter sollten sich in der Nähe der lokalen Gesellschaften niederlassen, deren Sprachen lernen und ihr Vertrauen gewinnen, Informationen an die Kolonialverwaltung senden und sie gegen Übergriffe der Siedler schützen. Auch waren die Protektoren, die meist aus evangelikalen Kreisen stammten, aufgefordert, den lokalen Gesellschaften das Christentum näherzubringen und Nomaden zur Sesshaftigkeit zu erziehen. In diesen Instruktionen war die Problematik und Machtlosigkeit der neuen Institution bereits angelegt. Einerseits befürwortete die britische Regie-

rung die Expansion und das Vordringen der Siedler, andererseits verurteilte sie deren Gewalt gegenüber den lokalen Bevölkerungen. Diese Ambivalenz spiegelte sich in der Ausstattung der Protektoren wider. Weder sprachen die Anweisungen den Kern des Konflikts, die Konkurrenz um das Land, an, noch stattete die britische Regierung die Protektoren mit konkreten Machtmitteln wie ausreichend Personal, Amtsautorität oder Militär aus, um die ansässigen Gruppen wirklich schützen zu können. In allen britischen Siedlerkolonien von Südafrika über Kanada bis nach Australien und Neuseeland zeigte sich schnell der Misserfolg der Protektoren. Die Siedler untergruben die ohnehin schwache Autorität der neuen Beamten, lokale Gesellschaften wie die Maori in Neuseeland wehrten sich gegen den Zwang zur Ansiedlung, und die politische Selbständigkeit, welche die australischen Kolonien nach 1850 innerhalb des Empire gewannen, schwächte den Einfluss der Londoner Regierung weiter ab.

Dennoch kamen mit den britischen Protektoren Mittelsmänner an die Siedlergrenzen, die über persönliche Verbindungen, Sprachkenntnisse und medizinisches Wissen verfügten, die sie den lokalen Gruppen zur Verfügung stellten. Edward Stone Parker beispielsweise war vor seinem Amtsantritt in Australien Lehrer an einer methodistischen Schule in London gewesen und eng in die evangelikalen Netzwerke Englands eingebunden. Mit der formellen Abschaffung des Sklavenhandels im Britischen Empire 1834 hatten diese religiös geprägten Kreise einen enormen politischen Erfolg errungen und daher auch die Untersuchungskommission des Parlaments durchsetzen können. Welche Handlungsmöglichkeiten eröffneten sich in einer solchen Konstellation für die Aborigines des Port Phillip Distrikts in New South Wales, die Dja Dja Wurring? Wie gestalteten sie ihre Beziehungen zu dem britischen Protektor, dessen humanitärer Auftrag in London formuliert war, doch 16 000 Kilometer entfernt auf die Realität einer weitgehend unkontrollierten Siedlergewalt stieß? Konnten die australischen Aborigines in der Konfrontation mit den Siedlern vorhandene Erfahrungen einsetzen oder auf die Ressourcen des Protektors zurückgreifen?¹²

Parker und die Dja Dja Wurring begegneten sich erstmals im Loddon Valley im Port Phillip Distrikt, etwa 150 Kilometer nördlich von Melbourne. Hierhin hatte die britische Regierung den 36jährigen Beamten zum Schutz des lokalen Clans entsandt. Vor Ankunft der britischen Siedler hatte der Clan 2000 Menschen umfasst, 1838 waren es noch 300.¹³ Für den demografischen Rückgang waren primär Infektionen mit Masern verantwortlich, welche die Siedler eingeschleppt hatten und die bei den Aborigines meist tödlich verliefen. Fast alle Frauen waren als Folge sexueller Kontakte mit britischen Sträf-



Abb. 3: Aborigines als Lohnarbeiter: Australische Dja Dja Wurring auf Edward Stone Parkers Gelände «Mount Franklin» im Loddon Valley, New South Wales, 1858

lingen, die für die benachbarten Siedler arbeiteten, an Syphilis erkrankt. Die Frauen waren dadurch unfruchtbar geworden, so dass die Geburtenrate des Clans rapide zurückgegangen war. Die Todesursachen der Dja Dja Wurring entsprachen in etwa denen der meisten australischen Ureinwohner. Berechnungen gehen davon aus, dass rund 62 Prozent von ihnen an Krankheiten starben, die durch weiße Siedler nach Australien eingeschleppt worden waren, zwölf Prozent von Weißen ermordet wurden, weitere zwölf Prozent in Kämpfen mit anderen Aborigines starben. Insgesamt lag auch die Todesrate der Dja Dja Wurring in der Hochzeit des australischen Siedlerkolonialismus bei rund 80 Prozent in einer Generation.¹⁴

Zunächst reagierte der neue Protektor völlig konsterniert darauf, dass die Lebensgewohnheiten der Aborigines im Loddon Valley nicht dem entsprachen, was er erwartet hatte. Zwar hatte der «South Australia Colonisation Act» von 1835 das Land als «leer und unbesiedelt» bezeichnet und die Besetzung durch Siedler damit zu rechtfertigen gesucht. Doch im Gegensatz dazu stellte Parker fest, dass das Loddon Valley genau zwischen unterschiedlichen Abori-

gines-Clans abgesteckt war und keineswegs jene «Leere» aufwies, die Kolonialbeamte, Landagenten und Siedler ständig betonten. Im Gegenteil, Parkers Kollege im Amt, Francis Tuckfield, berichtete 1840 an die Methodistische Missionsgesellschaft nach London, dass «kaum ein einziger Fleck des Kontinents völlig unbesiedelt erscheint und überall, wo menschliches Leben existieren kann, auch Menschen leben.»¹⁵

Im Kontrast zu Parkers Auftrag aus London stand auch die Tatsache, dass die australischen Dja Dja Wurring keineswegs nur Nomaden waren, sondern zwischen einer mobilen und sesshaften Lebensweise wechselten. Als Parker realisierte, wie schnell die Siedler das Gelände der Dja Dja Wurring für sich beanspruchten, forderte er bei der Kolonialverwaltung in Sydney zunächst ein gesichertes neues Gelände für sie. Doch ein Jahr nach der Gründung des Protektorats, das Teile ihres ehemaligen Jagdgeländes umfasste, trat der Anführer des Clans, Munangabum, mit der Bitte an Parker heran, das neue Reservat zu verlegen. Er schlug ihm ein besonders fruchtbares Gebiet mit großem Wildbestand vor, etwa 80 Kilometer von Melbourne entfernt, das der Protektor Mount Franklin nannte. Die Fruchtbarkeit des Bodens, Sumpflandschaften, die traditionell Schutz boten, sowie die religiöse Bedeutung, die das Gelände für die Aborigines besaß, waren Gründe, Parker um die Verlegung ihres Protektorats zu bitten. Das vorgesehene Gebiet beanspruchten aber gleichzeitig bereits britische Siedler für sich, und Henry Monroe, einer der neuen Nachbarn, beschwerte sich umgehend bei der Kolonialbehörde in Sydney über Parker: «Ich halte die Umsiedlung für eine grobe Ungerechtigkeit seitens des Protektor Parkers mir gegenüber. Nie war beabsichtigt, dass Protektoren eine solche Macht über das Land ausüben und uns Siedler enteignen dürfen.»¹⁶

Der Kampf um Land, der in ganz Australien zur Gewalteskalation zwischen Siedlern und Aborigines führte, wurde auch im Loddon Valley zum Gegenstand des lokalen Konflikts. Parker, gedrängt von den Dja Dja Wurring, setzte seine guten Beziehungen zu einem der höchsten Kolonialbeamten in Sydney, Charles LaTrobe, ein, der genau wie er enge Verbindungen in die Missionsgesellschaften Londons besaß. Parker gelang es schließlich, das umkämpfte Land für die Dja Dja Wurring zu sichern, die das 120 Quadratkilometer große Territorium jetzt als neues Protektorat erhielten. In Mount Franklin setzten sie ihren bisherigen Lebensstil aus mobilen und sesshaften Phasen fort, nutzten das große Gelände zur Jagd, und verwandten das Budget, das Parker ihnen bereitstellte, um Hütten und kleine Getreidefelder anzulegen. Die Missionsstation, in der Parker seine Gottesdienste geplant hatte, verwandelten sie in eine Krankenstation für ihre Frauen, Kinder und Verwundete. Auch in der Abwehr unerwünschter Konkurrenten um ihr Land ergriffen die Dja Dja Wurring die

Initiative. Wenige Jahre nach seiner Ankunft im Loddon Valley wollte Parker eine weitere Aborigines-Gruppe aus der Nachbarschaft, die Djab Wurrung, auf Mount Franklin ansiedeln. Doch Parkers Schutzbefohlene widersetzten sich seinen Plänen mit dem Argument, die Mitglieder des Clans seien «fremdartig in ihrer Sprache, in ihrem Benehmen, sie sind Fremde in jeder Hinsicht», und verwickelten die unerwünschten Nachbarn so lange in Gewaltkonflikte, bis Parker davon absehen musste, andere Clans in dem Reservat anzusiedeln.¹⁷

Parkers Unterstützung suchten die Aborigines erneut, als es zu Konflikten mit den benachbarten Siedlern vor Gericht kam. Bis in die 1820er Jahre hatten im australischen New South Wales unterschiedliche Rechtsvorstellungen gleichzeitig gegolten, nämlich Naturrecht, britische Gesetze und das indigene Gewohnheitsrecht, das stark auf Gegenseitigkeit und Vergeltung basierte.¹⁸ Zu Gerichtsurteilen war es in Konflikten zwischen Siedlern und Aborigines bislang kaum gekommen, da die Richter beide Gruppen unterschiedlichen Rechtskreisen zuordneten. Die gleichzeitige Gültigkeit unterschiedlicher Rechtskulturen hatte den Interessen der Siedler jedoch wenig genutzt. Für sie stellte der Rechtspluralismus in den ersten Jahrzehnten der Kolonisierung Australiens vielmehr eine Gefahr für ihre Forderungen nach Land und Herrschaft dar, da auch das Recht der Aborigines noch partiell Geltung besaß. Je mehr Siedler in New South Wales ankamen und Land beanspruchten, desto mehr drängten sie auf eine einheitliche Gesetzgebung, die für Siedler und Aborigines gelten sollte, die aber zugleich Rechtsgrundlagen für Konfliktfälle schuf, von denen nur sie profitierten.

Zentral wurde die Vorstellung, dass «The King's Peace» nicht parallel zu indigenen Rechten existieren konnte, es vielmehr eine einheitliche Gesetzgebung für das gesamte koloniale Territorium geben müsse. Diese Vorstellung vertrat vor allem der britische Jurist William Burton, der zuvor in Südafrika ähnliche Reformen durchgesetzt hatte und jetzt mit einer vergleichbaren Reform in Australien beauftragt wurde. Auch in New South Wales, so Burton, dürften indigene Rechtstraditionen nicht neben britischem Recht gelten, denn die australischen Aborigines, ebenso wie die südafrikanischen Khoisan, seien «Angehörige einer minderwertigen Gruppe ... und daher zwar Gegenstand der Gesellschaft, ohne aber all ihre Vorteile genießen zu dürfen.»¹⁹ Solche globalen Rechtsdiskurse, die in den 1830er und 1840er Jahren in allen britischen Siedlerkolonien geführt wurden, gipfelten in New South Wales darin, dass das indigene Gewohnheitsrecht 1836 außer Kraft gesetzt wurde und eine territorial einheitliche Gesetzgebung entstand, welche den australischen Aborigines ihr Recht auf Land oder Selbstverwaltung absprach. Dass die australischen Aborigines innerhalb der neuen kolonialen Rechtsordnung nicht etwa gleich,

sondern qua Gesetz ungleich behandelt wurden, sollten die Dja Dja Wurring bald erfahren.

Zwei Jahre nach Parkers Ankunft wurde der Anführer des Clans, Munangabum, angeklagt, obgleich er unschuldig war. Seit der Einrichtung des Protektorats hatte der benachbarte Siedler, Henry Monroe, immer wieder einzelne Dja Dja Wurring angegriffen und sich beim lokalen Richter beklagt, «dass die Schwarzen immer noch um die Bäche herumschleichen und sich als Herren des Landes aufspielen.»²⁰ Im Januar 1840 kam es zu einem Angriff von Monroe und seinen Arbeitern auf elf Mitglieder des Clans. Monroe ermordete zwei Aborigines und verletzte Munangabum. Während die Siedler unbehelligt blieben, wurde der angeschossene Anführer nach Melbourne ins Gefängnis gebracht und wegen Viehdiebstahls angeklagt, obgleich Parker, der Zeuge des Angriffs war, seine Unschuld bezeugte.

Die neue Gesetzgebung von 1836 benachteiligte die Aborigines strukturell, weshalb in Melbourne das Plädoyer des weißen Angreifers Monroe auf Selbstverteidigung erfolgreich war, der angegriffene Munangabum aber angeklagt wurde. In dieser Situation drängten die Dja Dja Wurring Parker erneut dazu, seine persönlichen Beziehungen für sie einzusetzen. Wieder schrieb er an den vorgesetzten Kolonialbeamten Charles LaTrobe in Sydney, erinnerte erneut an den gemeinsamen religiösen Hintergrund und kritisierte die «unverhältnismäßige und mörderische Vergeltung der Siedler.»²¹ Parker gelang es, LaTrobe zum Einspruch zu bewegen, so dass Munangabum freigelassen wurde. Zwar hatte der Protektor die Erwartungen der Dja Dja Wurring, ihr Land gegen die Siedler zu verteidigen, nicht erfüllen können. Ebenso wenig konnte er sie als Einzelner angesichts einer landesweiten Gesetzgebung, die einseitig die Siedler bevorzugte, in rechtlichen Konflikten schützen. Dennoch erweiterte Parkers gute Vernetzung mit den evangelikalischen Kreisen Englands, die London mit Australien verbanden, und seine Bereitschaft, diese im Port Phillip Distrikt einzusetzen, die Handlungsspielräume der Dja Dja Wurring. In den Konflikten an der australischen «frontier» konnten sie ihren Protektor erfolgreich für ihre eigenen Interessen an einem großen und fruchtbaren Reservat, zur Abwehr unerwünschter lokaler Konkurrenten und für Unterstützung vor Gericht mobilisieren. Parkers Netzwerke konnten die Aborigines im Loddon Valley also punktuell und situativ als Hebel einsetzen, um eigene Ziele durchzusetzen.

Zehn Jahre nachdem der *Sydney Herald* eine Pressekampagne gegen die Protektoren als «heuchlerische Verräter der Siedler» losgetreten hatte, waren die Ängste der Siedler verflogen.²² Im Prozess gegen die Mörder in Myall Creek im Herbst 1838 waren Weiße erstmals für die Gewalt an Aborigines zum

Tode verurteilt worden. Doch das aufsehenerregende Urteil leitete nur das Ende einer Rechtsprechung ein, die zunächst auch Ansprüche und Traditionen der Aborigines berücksichtigt hatte. Seit Ende der 1830er Jahre setzte sich eine koloniale Gesetzgebung durch, die den Vorrang der Siedlerinteressen eindeutig festschrieb. Im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts sollten nur noch drei weiße Männer für den Mord an Aborigines gehängt werden.

Auch die Kampagne des *Sydney Herald* gegen die entsandten Protektoren war gegenstandslos geworden. Die britischen Protektoren, ob in New South Wales oder in den anderen Provinzen Australiens, hatten die australischen Aborigines weder zum Christentum bekehren noch zur Sesshaftigkeit bewegen und schon gar nicht gegen die Gewalt der Siedler schützen können. Der sichtbare Misserfolg der neuen Institution hatte Londoner Vorstellungen, Siedlerkolonialismus mit humanitären Anliegen verbinden zu können, ad absurdum geführt, weshalb die Regierung 1850 alle Protektoren abberief. Entscheiden, so spitzte es die *Times* 1865 zu, musste sich die britische Regierung vielmehr zwischen dem Siedlerkolonialismus und einem humanitären Engagement: «Wenn das Prinzip des Schutzes überall angewandt würde, dann könnte es nirgendwo etwas wie Siedlerkolonialismus geben.»²³ Anders als der *Sydney Herald* 1838 beschworen hatte, waren es nicht die Aborigines, die zur Gefahr für die Siedler wurden, sondern die Siedler, die das Überleben der australischen Aborigines bedrohten. Zwischen 1788 und 1911 ging die Zahl der Aborigines in Australien von 750 000 auf 31 000 Menschen zurück, während jene der weißen Bevölkerung gleichzeitig auf 3,8 Millionen anstieg.²⁴

Die Beziehungen zwischen Parker und den Dja Dja Wurring setzten sich nach der Schließung des Protektorats im Loddon Valley fort. Als Parker im März 1850 sein Amt aufgeben musste, erhielt er einen Teil des Landes zur Pacht, siedelte zahlreiche Dja Dja Wurring dort an und eröffnete eine Schule für die Kinder unterschiedlicher Clans der Umgebung. Mit der Anstellung der Aborigines als Lohnarbeiter und Pächter, umfangreichen Landspekulationen und Parkers Berufung in den gesetzgebenden Rat von New South Wales, das sich 1858 eine von London unabhängige Verfassung gab, stellte der ehemalige Protektor seine neuen Interessen als Siedler immer mehr in den Vordergrund. Mit dem Aborigine Thomas Dunolly sollte in den 1880er Jahren ein Nachfahre genau jener Dja Dja Wurring, die auf Parkers Gelände als Arbeiter blieben, die erste öffentliche Protestbewegung australischer Aborigines gegen ihre Verdrängung, Enteignung und Ermordung anführen.²⁵

*Zwischen Siedlern und Kolonisierten: Der lange Weg der Duchoborzen
vom Schwarzen Meer über Georgien bis nach Kanada*

Ebenso wie im Britischen Empire war auch in Russland die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Hochphase des Siedlerkolonialismus. Vor allem der Süden Russlands, heute Teil der Ukraine, die großen Steppen zwischen Odessa und Orenburg bis zu den Ausläufern des Kaukasus und nach 1850 Zentralasien und Sibirien wurden zu bevorzugten Zielen russischer Siedler. Für einen vergleichbaren Prozess nutzten Russen zunächst eine andere Sprache.²⁶ Die britische Regierung und die britischen Siedler bezeichneten überseeische Ziele wie Australien, Neuseeland oder Südafrika als «Kolonie» und die Erschließung des Raums und die Unterwerfung der lokalen Gesellschaften als «colonization». Russische Akteure sprachen hingegen von «pereselenie», von Umsiedlung. Entsprechend begriffen sie die Siedler als «pereselentsy», als Umsiedler, die von einem Teil des Reichs in einen anderen wanderten. Nur ausländische Siedler wie zum Beispiel deutsche Mennoniten wurden «kolonisti» genannt. Der wichtigste Grund für diese begriffliche Unterscheidung war die politische Absicht dahinter. Im Britischen und Französischen Empire legten die Begriffe «colonization» oder «colonisation» Eroberung, Verdrängung und Gewalt nahe. Im Russischen Reich hingegen stand «pereselenie» nicht für eine eindeutige politische oder wirtschaftliche Machthierarchie zwischen Metropole und Randgebieten. Mit dem Begriff der «Umsiedlung» ließ sich die Kolonisierung der Randgebiete vielmehr als ein primär agrarischer und freiwilliger Prozess darstellen, der innerhalb des Reichs stattfand und Konfliktlosigkeit suggerieren sollte. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts begannen russische Beamte und Intellektuelle damit, ihren Siedlerkolonialismus mit dem Vorgehen westlicher Empires zu vergleichen. Zunehmend verwandten sie jetzt neben «pereselenie» auch «kolonizatsia», wenn sie die Ströme russischer Siedler beschrieben, die sich nach Zentralasien oder Sibirien bewegten. Der lange Weg der Duchoborzen, einer freikirchlichen russischen Sekte, zwischen der Ukraine, Georgien und Kanada zeigt jedoch, dass Siedlerkolonialismus im Russischen Reich ähnlich stark von Gewalt geprägt war wie in den Kolonien des Britischen Empire.

Die Duchoborzen waren eine der vielen Randgruppen, welche die russische Regierung für die Erschließung ihrer Randprovinzen und neuen Gebiete als geeignet ansah. Neben solchen religiösen Minderheiten, ausgemusterten russischen Soldaten und deutschen Bauern entsandte die Regierung bevorzugt auch sogenannte «Kronbauern». Dabei handelte es sich um russisch-orthodoxe Bauern, die auf staatlichen Domänen lebten, daher nicht der Leib-

eigenschaft unterlagen und sehr viel mobiler waren.²⁷ Diese unterschiedlichen Gruppen schickte die Regierung, teils mit Zwang, teils durch Anreize, in neu eroberte Gebiete wie die Provinz «Neurussland», an die Küsten des Kaspischen Meeres, nach Georgien und in die riesigen eurasischen Steppen. Staatlich gelenkte Umsiedlungen und Deportationen sollten die Landknappheit in den zentralen Gouvernements entschärfen und wirtschaftliches Wachstum fördern. Mit der Umsiedlung nicht-orthodoxer Gruppen verband die Regierung zugleich das Ziel, sie von der orthodoxen Bevölkerung der Kernprovinzen zu entfernen, um die religiöse Einheitlichkeit zu sichern, welche die Regierung als Grundlage gesellschaftlicher Ordnung ansah.

Als Folge dieser Politik wanderten zwischen 1796 und 1835 rund 17 Millionen Menschen in den Süden des Reichs am Schwarzen Meer, an die untere Wolga und in die riesigen Steppen Russlands.²⁸ Genauso wenig wie in Australien, Neuseeland, Tasmanien oder Südafrika fanden die Siedler dort jene «leeren Gebiete» vor, die Beamte und Landagenten ihnen in Aussicht gestellt hatten. Vielmehr führte die Konfrontation zwischen russischen Siedlern und den oft nomadischen Gesellschaften zu ständigen Konflikten, Enteignung und eskalierender Gewalt. Die Folgen des russischen Siedlerkolonialismus waren durchaus vergleichbar mit denen im australischen New South Wales, wie ein Schreiben des Gouverneurs von Orenburg an den russischen Finanzminister im Jahr 1833 unterstrich: «Inakzeptable Verletzungen von Eigentumsrechten sind hier an der Tagesordnung, teils, weil die besten Landstriche bereits besiedelt sind, mehr noch wegen der Skrupellosigkeit der Siedler. Ankommende Migranten, die oft ohne jede Erlaubnis hierher gelangt sind, wandern umher und entscheiden einfach, sich auf Ländereien niederzulassen, die meist bereits vergeben sind.»²⁹

Unter den Siedlern dieser Jahrzehnte befanden sich auch die Duchoborzen, was sich mit «Glaubenskämpfer» oder «Ringer um den Glauben» übersetzen lässt. So bezeichneten sich die Mitglieder einer pazifistischen Sekte, die sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts von der Orthodoxen Kirche abgespalten hatte.³⁰ Bereits ihre Namensgebung unterstrich ihren Anspruch, allein den wahren Glauben zu verkünden. Für die Duchoborzen wohnte der göttliche Geist jedem Menschen inne, was Priester und kirchliche Hierarchien überflüssig mache. Diese religiöse Überzeugung führte auf der politischen Ebene dazu, dass die Mitglieder der Sekte die Autorität des Zaren nicht anerkannten und den Dienst in der russischen Armee ablehnten.

1802 hatte Zar Alexander I. die Zwangsumsiedlung der Duchoborzen aus den inneren Provinzen in die Molotschna-Region am Schwarzen Meer angeordnet, die erst wenige Jahre zuvor vom Osmanischen Reich erobert worden

war. Die anfänglich kleine Gemeinde von etwa 2 200 Menschen wuchs so schnell, dass sie 1840 bereits 5 000 Menschen umfasste.³¹ Kaum am Nordufer des Schwarzen Meeres angekommen, stattete der Gouverneur von Neurussland sie mit großen und fruchtbaren Grundstücken aus. Dass religiöse und politische Außenseiter nun großzügig bestes Land erhielten, unterstrich die neue Funktion, die ihnen hier zukam. In den Kernprovinzen des Zarenreichs hatten die religiösen Abweichler als Bedrohung der inneren Sicherheit gegolten. Doch an den Rändern des Reichs, so die Überlegung der Behörden, konnten sie dessen Sicherheit als Siedler durchaus gewährleisten. Die neuen Nachbarn der Duchoborzen waren vor allem Nogai-Tataren, ehemalige Untertanen des Osmanischen Reichs, die als Halbnomaden die fruchtbare Region für ihre Schaf- und Viehherden nutzten. Die Ankunft der neuen Siedler führte ungeachtet ihrer pazifistischen Einstellung schnell zu Konflikten, in denen die Provinzverwaltung sich einseitig auf die Seite der religiösen Außenseiter stellte. Sie waren sesshaft, brachten landwirtschaftliche Kenntnisse mit und waren immerhin Christen. In den Augen der Beamten entsprachen sie den staatlichen Interessen an der Kolonisierung und Russifizierung Neurusslands damit viel eher als die nomadischen Tataren vor Ort. Während die lokalen Behörden die Weideflächen der muslimischen Tataren immer mehr einschränkten, durften die Duchoborzen sich immer weiter ausbreiten. Neben Ackerbau spezialisierten sie sich auf die Zucht von Merino-Schafen und verkauften deren Wolle erfolgreich auf regionalen und überregionalen Märkten. Vierzig Jahre nach ihrer Zwangsumsiedlung waren die Duchoborzen in der Molotschna-Region wohlhabende und wirtschaftlich erfolgreiche Siedler geworden, welche die größten Viehherden besaßen, moderne Züchtungsmethoden entwickelten und das beste Ackerland bewirtschafteten.³²

Genau dieser materielle Erfolg der Siedler lieferte der russischen Regierung den Anlass, sie erneut zu deportieren. Als die Duchoborzen um 1800 in die Molotschna-Region geschickt worden waren, war das ukrainische Territorium an der Küste des Schwarzen Meeres eine offene Grenzregion gewesen, in der es zunächst kaum russische Siedler gegeben hatte. Deshalb entschied sich die Regierung dafür, hier auch nicht-orthodoxe russische Minderheiten zur Besiedelung einzusetzen. 1840 hingegen hatte sich die Bevölkerung Neurusslands verdreifacht, und russische und ukrainische Bauern hatten das ehemalige Grasland der vertriebenen Nogai-Tataren zu dichtbesiedelten Parzellen gemacht. In St. Petersburg hatten zwischenzeitlich nationalistische Kreise unter dem neuen Zaren Nikolaus I. an Einfluss gewonnen, die darauf drängten, Kolonisierung und Nationalisierung enger miteinander zu verbinden. Sie sahen in der Besiedelung bislang nicht-russischer Territorien mit ethnischen

Russen eine zentrale Aufgabe der imperialen Politik. Umso provokanter mutete die Situation in der Molotschna-Region für sie an, die exemplarisch für viele andere Grenzräume Russlands war. Hier waren nicht-orthodoxe Gruppen und religiöse Minderheiten wie die Duchoborzen, die weder nationalistische Ziele noch einen russischen Zivilisierungsanspruch verfolgten, wirtschaftlich und sozial deutlich erfolgreicher als die russisch-orthodoxen Bauern, die nach Auffassung der Regierung doch eigentlich die soziokulturell überlegene Gruppe der Zivilisierer darstellen sollten. Daher griffen die Behörden jetzt zu Vorwänden religiösen Frevels und sexueller Orgien, um die wohlhabenden Duchoborzen zu enteignen und ihr Land an orthodoxe Neuankömmlinge zu geben. Am 26. Januar 1841 verkündete der Generalgouverneur von Neurussland, Fürst Michail Woronzow, den Duchoborzen ihre bevorstehende Deportation: «Ihr habt die Geduld der Behörden endgültig erschöpft. Der öffentliche Friede verlangt es, dass ihr in weit entfernte Länder verbracht werdet. Seine Kaiserliche Majestät hat angeordnet, dass alle Mitglieder der schädlichen Sekte der Duchoborzen in der Provinz Transkaukasien angesiedelt werden sollen.»³³

Größer konnte der Kontrast nicht sein: Zwei Generationen von Duchoborzen hatten sich an die fruchtbare schwarze Erde und das milde Klima an der Küste des Asowschen Meeres gewöhnt, an große Anbauflächen und machtlose nomadische Nachbarn, deren Land sie schrittweise von den Behörden erhielten. Jetzt wurden sie selber enteignet und in eine bergige Region im Kaukasus deportiert, in der harte Böden, winterliches Klima bis in den Mai und Hitzerekorde im Sommer den Alltag bestimmten und wo georgische Großgrundbesitzer die Macht vor Ort ausübten. Transkaukasien, das heutige Georgien, war erst in den 1830er Jahren in Kämpfen mit dem Osmanischen Reich erobert worden und stellte ein offenes Grenzgebiet dar, das keineswegs befriedet war. Russische Festungen und Städte wie Tiflis, Baku oder Jerewan bildeten einzelne Inseln russischer Herrschaft. Muslimische Nomaden, meist Aserbajdschaner und Kurden, trieben Schafzucht, georgische Adlige wie der Prinz David Dadiani von Mingrelia, besaßen ausgedehnte Ländereien, ein wohlhabendes armenisches Bürgertum bestimmte den Handel in den Städten. Enge Handelsbeziehungen unterhielten diese Gruppen mit den türkischen Städten im Süden und mit russischen Handelsmessen im Norden und Osten. Die tägliche Auseinandersetzung mit der Vielfalt ethnischer und religiöser Gruppen in Transkaukasien stellte die russischen Duchoborzen erneut vor die Herausforderung, was «pereselenie», Besiedelung, hier konkret bedeuten sollte.³⁴

Neurussland deportieren ließ, empfing sie 1844 wohlwollend in Transkaukasien, wohin er selber als Vizekönig entsandt worden war. In der gerade erst anektierten Region war die Stellung der Russen noch schwach. Hier kämpften kaukasische Bergvölker erfolgreich gegen russische Armeen, und georgische Großgrundbesitzer hatten das Sagen. Dass die neu angekommenen russischen Bauern keine Angehörigen der Orthodoxen Kirche waren, verlor unter solchen Bedingungen an Bedeutung, weil sie als Siedler die fragile Stellung der Russen konsolidieren konnten. Zügig senkte der neue Vizekönig ihre Steuern, versorgte sie mit Land, das den Nomaden genommen wurde, und erlaubte ihnen, sich in Städten anzusiedeln, was ihnen im Zentrum des Reichs verboten gewesen war.³⁵ Diese Anreize wirkten so attraktiv, dass weitere Gemeinden russischer Duchoborzen in den Kaukasus wanderten und die Zahl der Gemeindemitglieder sich durch Zuwanderung und natürliche Vermehrung rasch erhöhte. 1841 waren etwa 5000 Duchoborzen nach Transkaukasien deportiert worden, 1890 umfassten die Siedlergemeinden bereits über 20 000 Menschen.³⁶

Seine großen Befugnisse als Vizekönig nutzte Woronzow dazu, die rechtlichen und wirtschaftlichen Spielräume derjenigen ethnischen Gruppen und sozialen Eliten zu erweitern, die Kolonisierung und wirtschaftliche Entwicklung am dynamischsten voranzutreiben versprochen. Diese ethnisch neutrale Sicht auf geeignete Gruppen entsprach jedoch nicht der vorherrschenden Sicht in den Staatskanzleien, wie die erwünschte ethnische Hierarchie zwischen Kolonisatoren und Kolonisierten auszusehen habe. In Transkaukasien waren es nicht russische Siedler, die örtliche Gruppen zu Lohnarbeitern machten, deren Land enteigneten und sie gar «zivilisieren» konnten. Hier verfügten vielmehr georgische Hochadlige über großen Grundbesitz, sozialen Status und Vasallen. Sie begannen ihrerseits damit, verarmte oder deportierte russische Siedler als abhängige Arbeiter einzustellen. Der georgische Großgrundbesitzer Prinz David Dadiani, ein umtriebiger Geschäftsmann mit besten Verbindungen nach Istanbul und St. Petersburg, erkannte in den gerade angekommenen Duchoborzen mit ihrer landwirtschaftlichen Expertise die idealen Arbeitskräfte, um seine Ländereien zu bewirtschaften. Kaum waren die deportierten Bauern in Tiflis angekommen, legte der Prinz der russischen Verwaltung entsprechende Vertragsentwürfe vor. Direkte Verhandlungen zwischen ihm und Woronzow folgten, die das Dilemma deutlich machten. Die russische Kolonialverwaltung in Transkaukasien war einerseits von dem alteingesessenen georgischen Adel abhängig, um ihre kaum gefestigte Herrschaft über die örtliche Bevölkerung überhaupt zu erhalten. Zudem sahen russische Beamte wie Woronzow mit ihrem ständisch geprägten Selbstver-

ständnis die georgischen Adligen, wie Prinz Dadiani sie vertrat, als gleichrangige Elite an, die gesellschaftlich weit über russischen Bauern stand. Andererseits hatte die russische Regierung ein hohes Interesse an der Ansiedlung ethnischer Russen in Transkaukasien, um die Region militärisch zu sichern und wenigstens ansatzweise zu russifizieren. Dass russische Siedler jetzt von nicht-russischen Grundbesitzern abhängig wurden, entsprach den Machtverhältnissen vor Ort, machte aber zugleich deutlich, dass Russifizierung und Kolonisierung keineswegs kongruent und die Rollen von Kolonisierten und Kolonisatoren nicht festgeschrieben waren.

Der kaukasische Vizekönig konnte in den Verträgen zumindest aushandeln, dass die Duchoborzen nicht zu Leibeigenen des Prinzen Dadiani wurden, was dieser beabsichtigt hatte.³⁷ Bereits 1845 siedelte Dadiani viele Mitglieder der deportierten Sekte auf seinen Ländereien an. 1858 kam es zu einem offiziellen Gesetz in der Provinz, das es nicht-russischen Grundbesitzern erlaubte, russische Siedler als abhängige Pächter zu beschäftigen. Sozioökonomische Machtverhältnisse rangierten somit vor ethnischen Hierarchien und schrieben die ökonomische Abhängigkeit der vermeintlichen Träger der Russifizierung von kaukasischen Eliten fest. In der sozialen und ethnischen Hierarchie an der äußersten Grenze Russlands waren die Rollen von russischen Siedlern und nicht-russischer lokaler Gesellschaft gleichsam vertauscht. Hier bestimmten die sozioökonomischen Machtverhältnisse vor Ort und nicht die kulturellen Assimilationspläne in den Metropolen die lokale Hierarchie, in der russische Siedler weit unter den örtlichen Führungsgruppen rangierten. Auch in Russland ging Siedlerkolonialismus nicht in Schwarz-Weiß-Kategorien von Eroberung und Unterwerfung auf, blieben die Grenzen zwischen Kolonisierten und Kolonisatoren situativ und fließend.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bestimmte lange Zeit Kooperation das Verhältnis zwischen den Duchoborzen und der russischen Verwaltung. Zur Vordenkerin dieses pragmatischen Kurses wurde 1864 Lukerja Wasilewna Kalmykowa.³⁸ Dass auch eine Frau die religiöse Gemeinschaft leiten konnte, gründete auf der Überzeugung der Duchoborzen von einem Priestertum aller Gläubigen. Hinzu kam, dass sie die Witwe des verstorbenen Anführers war, was die Kontinuität der Kalmykow-Dynastie sicherte. Sie entwickelte in den 40 Jahren ihrer Herrschaft eine Politik, die vor allem auf Zusammenarbeit mit der georgischen Oberschicht und mit den russischen Vertretern der Regierung setzte. Regelmäßig lud sie die Generalgouverneure und Beamten der Verwaltung in Tiflis in das Gemeindehaus der Duchoborzen ein, wo Verträge besprochen, Landfragen geregelt und Dienstleistungen ausgehandelt wurden. Diejenigen Männer, die kein Land erhalten hatten und nicht

für den georgischen Adel arbeiteten, spezialisierten sich auf Transportdienste, deren Nachfrage in der Bergregion ständig stieg.

Die Siedlerchefin stand seit den 1870er Jahren im regelmäßigen Austausch mit dem neuen Generalgouverneur des Kaukasus, Großfürst Michail Nikolajewitsch, einem Bruder des Zaren. Diese Zusammenarbeit gipfelte darin, dass die pazifistischen Duchoborzen im Russisch-Osmanischen Krieg von 1877/78 die russische Armee militärisch unterstützten. Erste Grundlagen dafür waren bereits im Krimkrieg bis 1856 gelegt worden, als der russische Oberkommandierende auch sie mit Waffen versorgt hatte, «damit sie in der gegenwärtigen Kriegszeit genauso bewaffnet sind wie die übrigen christlichen Einwohner.»³⁹ An diese Unterstützung wollte der Großfürst Michail Nikolajewitsch 1877 anknüpfen, als Transkaukasien zum Schauplatz des Russisch-Osmanischen Kriegs wurde, und bat Kalmykowa um Hilfe. Während sie längst Verhandlungen mit dem Großfürsten über die Bezahlung der militärischen Hilfe führte, suchte sie ihre Gemeindemitglieder mit drastischen Szenarien für den Kriegseinsatz zu gewinnen: «Sie verlangen, dass wir ihnen Soldaten für die Armee zur Verfügung stellen und ihre Ausrüstung und Lebensmittel transportieren. Beides verstößt gegen den Willen Gottes. Ich bin eine Frau und habe nicht die Kraft, Euch in einen Kampf gegen den Staat zu führen. Wenn wir nicht einwilligen, werden russische Soldaten unsere Häuser niederbrennen, unsere Männer foltern und unsere Schwestern vergewaltigen. Aber wenn wir uns entscheiden, ihnen Wagen für ihre Transporte zur Verfügung zu stellen, versprechen sie, unsere Dörfer in Frieden zu lassen.»⁴⁰ In der Tat zahlte die russische Regierung nach ihrem Sieg über die Osmanen rund 1,5 Millionen Rubel an die Siedler zurück, was deren wirtschaftliche Situation verbesserte und ihren Status als anerkannte Vertreter des Zarenreichs in der Grenzregion stärkte. Militärische Unterstützung und wirtschaftliche Profite aus der Kriegskooperation hatten das Prinzip des Pazifismus zurückgedrängt und machten die ehemaligen Staatsfeinde und religiösen Außenseiter jetzt zu loyalen Untertanen und wehrhaften Vertretern des Empire an seiner gefährdetsten Grenze.

Wie situativ diese neue Rolle jedoch war, zeigte sich 20 Jahre später nach dem Tode Lukerja Wasilewna Kalmykowsas im Jahr 1886. Der Wechsel an der Spitze der Siedlergemeinde führte auch zu einem Wandel der politischen Anschauung, welcher Kurs gegenüber der Regierung einzuschlagen sei. Kalmykowa hatte in einer pragmatischen Zusammenarbeit mit den imperialen Beamten vor Ort den besten Weg gesehen, die verfolgten und deportierten Außenseiter zu wohlhabenden Bauern und anerkannten Mitgliedern der multiethnischen Grenzgesellschaft zu machen. Politische und religiöse Entwicklungen außerhalb der georgischen Region hatten für die erfolgreiche Sied-

lerchefin, die selber weder lesen noch schreiben konnte, keine große Rolle gespielt. Ihr Nachfolger, Peter Verigin, war eine ganz andere Persönlichkeit, dogmatisch, breit belesen und gut vernetzt mit vielen pazifistischen Gruppen innerhalb und außerhalb Russlands. Er wollte die Siedlergemeinde wieder ganz zu ihren religiösen Wurzeln zurückführen. Im sibirischen Exil, wohin er nach seinem Antritt als Siedlerchef verbannt worden war, lernte er zunächst andere verbannte Anarchisten und Pazifisten kennen. Auch gelang es ihm, von hier aus Verbindungen zu britischen Quäkern und Vertretern internationaler christlicher Erweckungsbewegungen wie der Pfingstler zu knüpfen. Unter Verigins Führung aus dem Exil, die er durch Boten, Briefe und zahlreiche Besucher aufrechterhielt, kam es schließlich zur Aufspaltung der Duchoborzen in zwei Gruppen. Der größere Teil der Siedler begann, die bisher pünktlich gezahlten Steuern zu verweigern, und ging 1887 so weit, sich auch öffentlich der Wehrpflicht zu widersetzen.⁴¹

Auch auf Seiten des Staates standen die Zeichen auf Polarisierung. Alexander III., der 1881 auf den Thron kam, sah in einer schrittweisen Nationalisierung des Russischen Reichs ein zentrales Ziel seiner Politik. Dabei kam der Orthodoxen Kirche eine entscheidende Bedeutung zu, da die Angleichung der ethnisch und religiös vielfältigen Bevölkerung auch mit Hilfe von Religion vorangetrieben werden sollte. Diese veränderte politische Stoßrichtung in St. Petersburg führte in Transkaukasien dazu, dass die Tifliser Beamten sich viel stärker als zur Zeit Lukerja Wasilewna Kalmykawas in den Alltag der Sekte einmischten. Jetzt verlangten sie von den Mitgliedern, ihre Heiraten, die man bislang als Privatangelegenheit angesehen hatte, in staatliche Register eintragen zu lassen, erzwangen kommunale Steuern, zogen die jungen Männer zur Wehrpflicht ein, die seit 1887 auch im Kaukasus eingeführt worden war, und forderten sie auf, ihre Kinder auf russische Schulen zu schicken. Was für den russischen Staat Modernisierung und Homogenisierung seiner Randgebiete bedeutete, nahmen die Duchoborzen als Angriff auf ihre kulturelle, ökonomische und religiöse Selbstbestimmung wahr. So stieß der Versuch einer Nationalisierung des Empire in der georgischen Grenzregion auf erbitterten Widerstand der religiösen Siedler.

Ihren Protest gegen den russischen Staat hätten sie kaum dramatischer inszenieren können als am 28. Juni 1895. Die Siedlergemeinden hatten an diesem Tag in allen drei transkaukasischen Provinzen riesige Feuerhaufen errichtet. Um Mitternacht entzündeten sie die gewaltigen Holztürme, und jeder Mann, so die zeitgenössische Presse, habe seine persönlichen Waffen in die Flammen geworfen. Beobachter berichteten von meterhohen Flammenbergen, die fast zwei Tage «die kaukasischen Berge erleuchteten», und von den Gesängen, mit

denen die Siedler die Zerstörung ihrer Waffen gefeiert hätten: «Wir haben das Böse verbrannt.»⁴² Berichte über die spektakuläre Aktion erreichten bald die Hauptstadt und machten die Duchoborzen in ganz Russland bekannt. Für liberale Gruppen stellten sie Märtyrer für ihren Glauben dar, für das konservative Lager um Hof und Regierung waren sie Staatsfeinde. Fassungslos suchte sich der Polizeichef einer Tifliser Gemeinde den plötzlichen Umschwung der loyalen Siedler zu offenem Widerstand zu erklären und fand keine Antwort: «Seit vielen Jahren waren die Duchoborzen die besten und treuesten Siedler in Transkaukasien. Sie haben gehorsam im Militär gedient. Was kann bloß der Grund sein, dass sie jetzt so schlechte Menschen geworden sind?»⁴³

Waffenzerstörung und Wehrdienstverweigerung waren indes keineswegs so spontane Aktionen, wie viele Beobachter vermuteten. Sie hatten ihre Ursachen vielmehr in längerfristigen Entwicklungen, die sich jetzt öffentlich zuspitzten. Um 1840 hatte die Sekte als religiöse Bedrohung der Orthodoxie gegolten und war deshalb mehrfach deportiert worden. 1895 sah die russische Regierung in den religiösen Siedlergemeinden und ihrem Beharren auf Selbstbestimmung hingegen vor allem politische Gegner einer Nationalisierung des Reichs, die mit Hilfe von Wehrpflicht, Schule und Kirche umgesetzt werden sollte. Gleichzeitig hatten sich auch die Siedler unter der Führung Peter Verigins radikalisiert. Ihren lokalen Widerstand gegen die Wehrpflicht verstanden sie auch als Teil der weltweiten pazifistischen Bewegung, die nach Russland ausstrahlte. Diese Identifikation befeuerte Verigin durch seine Botschaften aus dem sibirischen Exil, in denen er den Siedlern gar einen neuen Namen ans Herz legte: «Liebe Brüder und Schwestern! Wir sollten uns in Zukunft ›christliche Gemeinde der universalen Brüderlichkeit‹ nennen. Der Name ›Duchoborzen‹ ist für Fremde unverständlich. Aber die Bezeichnung ›christliche Gemeinde der universalen Brüderlichkeit‹ sagt viel klarer, dass wir auf alle Menschen als Brüder schauen. Vom heutigen Tag an werden wir, Gott sei gepriesen, diesen Namen tragen. Sagt allen Brüdern und Schwestern Bescheid!»⁴⁴

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de